



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — Volkstelefont Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13808. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,80 Mk. bei Platzvorrat 2,30 Mk. Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

## Die U. G. P. zur Regierungsbildung in Sachsen.

Eine am 21. November 1920 in Dresden taggefundene erweiterte Landesvorstandssitzung der U. G. P. hat in der Frage der Regierungsbildung in Sachsen vorbehaltlich der Beschlussfassung der Landesversammlung der U. G. P. folgende Entschliessung gefasst: Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen vom 14. November 1920 zwingt die U. G. P., zur Frage der Regierungsbildung und zur künftigen Regierungspolitik in Sachsen Stellung zu nehmen.

Im Landtage stehen jetzt 49 Vertreter der sozialistischen Parteien 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien gegenüber. Bisher war das Verhältnis 57 zu 30. Die Reaktion ist also stark geschwunden, der Einfluss des Sozialismus geschwächt.

Dieses Wahlergebnis ist die Folge der Wahlenthaltung von 300 000 Arbeiterwählern, die durch die schwere Wirtschaftskrise und die inneren Differenzen im sozialistischen Lager verwirrt und entmutigt sind.

Unter diesen Voraussetzungen ist die U. G. P. O. Sachsens bereit, zur Wiederherstellung der Gegenrevolution die Verantwortung in der Regierung und für die Regierungspolitik mit zu übernehmen.

Deshalb hält es die U. G. P. O. Sachsens für ihre Pflicht, in dieser außerordentlichen Situation

- 1. an der Bildung einer Regierung aus allen sozialistischen Parteien teilzunehmen,
- 2. auch dann die Regierung mit zu übernehmen, wenn eine der sozialistischen Parteien eine Beteiligung ablehnen sollte.

Gegenüber der drohenden Konterrevolution kann nur eine rein sozialistische Regierung in Sachsen das nötige Gegengewicht bilden. Deshalb muß jeder revolutionäre Sozialist sie erstreben.

Es gilt aber zu verhindern, daß die Illusion entsteht, als könnte heute, nach der Annahme der Weimarer Reichsverfassung, noch eine sozialistische Regierung in einem Einzelstaat wie Sachsen, die Staatsgewalt benutzen zur unmittelbaren Schaffung der Räterepublik und der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — wenn nicht gleichzeitig dasselbe im übrigen Deutschland geschieht.

Die Weimarer Reichsverfassung nimmt den Einzelstaaten einen großen Teil ihrer bisherigen Selbständigkeit

und behält dem Reiche und der Gesetzgebung die Regelung der wichtigsten Materien vor, wie die des Heerwesens, des Finanz- und Steuerwesens, des Ernährungswesens, des Verkehrswesens, der Sozialversicherung, des Wohnungsbauwesens, des Arbeiterrechts, der Gewerkschaftsfürsorge, des Aufbaus des Schulwesens, der Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule.

In allen diesen Fragen kann Sachsen nicht mehr selbständig vorgehen, es kommt dabei nur als Teil der Reichsverwaltung in Betracht und muß sich im Rahmen der Reichsverfassung halten, wenn es nicht die Reichserkennung gegen sich herausbeschwören will.

Trotz dieser Begrenzung ihrer Tätigkeit ist die Zusammensetzung und die Politik der Re-

gierung für die Arbeiterklasse Sachsens nicht gleichgültig.

Die Ausführung der Reichsgesetze, die Gesetzgebung im Rahmen der sächsischen Verfassung und die Verwaltung des Landes sind vielmehr gerade jetzt, wo die Konterrevolution so mächtig erlauft ist und mit der Beherrschung des Staatsapparates eine entscheidende Waffe in die Hand bekommt, in den Händen der Arbeiterklasse von größter Bedeutung.

Die U. G. P. O. erhebt deshalb die Forderung der rein sozialistischen Regierung und stellt für deren Tätigkeit in der nächsten Zeit folgendes

### Minimalprogramm

Entschlossene Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, insbesondere der Vergesellschaftung der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkraft.

In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Produktion und Verwaltung heranzuziehen.

Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr.

Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu fördern, Beihilfen an Privatunternehmer sind nicht zu leisten. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbauwesens zu stellen.

Nach Schaffung der Mantelgesetze durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Aufbau der Schule so herbeizuführen, daß jedem bescheidenen Schüler der Aufstieg bis zur höchsten, für seine Veranlagung erforderlichen Bildungshöhe möglich ist.

Beschleunigte Durchführung der Gemeindeförderung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.

Schaffung von Einrichtungen zum Schutze gegen Konterrevolutionäre Angriffe.

Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Delikte, Freilassung politischer Gefangener.

Um dieses Minimalprogramm durchsetzen und in der Regierung der Konterrevolution wirksam entgegenarbeiten zu können, stellt die U. G. P. O. die Bedingung, daß sie den entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält.

Durch die Wahlen ist eine politische Situation entstanden, in welcher die Gefahr der Konterrevolution, die das Bürgertum mit der Orgesch planmäßig vorbereitet, in greifbarer Nähe rückt.

Diese Gefahr kann nur gebannt werden durch die geschlossene Front aller Sand- und Kopfarbeiter in Sachsen und die Beherrschung des Staatsapparates durch ihre Vertreter.

## Die Militarisierung der Polizei.

Wer sich Preußen vor der Revolution von 1918 vorstellte, dachte entweder an die Pickelhaube des Soldaten oder an die des Schuhmanns. Das preussische Polizeiwesen gab dem militaristischen System in nichts nach. Man lebte vielmehr in unniger Arbeitgemeinschaft, und die Lebensäußerungen, die der auf Erbsien und seinem Feudalgeist aufgebaute Staat von sich gab, waren entweder gegenüber dem „äußeren“ Feind solche der Bajonette oder der kriegerischen Ultimaten und gegenüber dem „inneren“ Feind solche der Polizeiaufgebote, der Strafanordnungen und der Zensurschnüffelzettel; im Banntkreis dieser doppelten Brachialgewalt ward Preußen „groß und mächtig“.

Formell gab es zwar einen Kriegsminister, der in Potsdam, und einen Minister des Innern, der in Moabit herrschte. Die preussische Polizei war jure dicto auch in Preußen Ausfluß der Zivilgewalt. Aber schon die Einrichtung der Gendarmerie auf dem Lande war die grundsätzliche Durchbrechung dieses für jeden modernen Staat selbstverständlichen Prinzips. Obgleich, wenigstens im Frieden, mit reinem Polizeidienst beauftragt, war die Gendarmerie vollkommen militärisch organisiert; sie stand unter der unmittelbaren Befehlsgewalt der militärischen Organisationen. Die Polizei in den preussischen Großstädten wiederum wachte ängstlich über ihrem staatlichen Charakter. Während fast in allen andern modernen Staaten auch das Polizeiwesen rein kommunale Angelegenheit ist, hielt der Ordnungstaat Preußen eiferfüchtig an seiner staatlichen Polizei fest, verpflanzte mit hochhaftem System seine Polizisten aus ihren Geburtsprovinzen in möglichst entlegene andre, um sie vor der Verführung mit der Bevölkerung zu bewahren — also genau daselbe System, das ja auch bei der Locierung des eigentlichen Militärs eingeführt war. Die höheren Exekutivbeamten dieser Polizei waren stolz auf ihre völlig militärischen Titel und standen mit dem Militär, genau so wie die Unterbeamten, in engsten persönlichen Beziehungen; austrangierte Mittelmeister, verfrachtete Oberleutnants, protegierte Feldwebel durften im Polizeikommissar, Polizeihauptmann oder -Leutnants stets den standesgemäßen Abschluß ihrer wenn auch nicht einträglichen, so doch ruhmreichen Laufbahn betrachten. So „Kappe“ das System in der Tat. Die Säbelmecherei in Moabit vor zehn Jahren und die just zur selben Zeit abgeschaltete Arbeiterhand in Breslau — Gott, wer denkt eigentlich heute noch nach der Aera Koste an solche „Lappalien“! — bewiesen die Brauchbarkeit des Systems zur Genüge.

Umgekehrt herrschte dieselbe Wahlverwandtschaft. Schneller als in irgendeinem andern Staat war man in Deutschland zur Hand, das Militär zu mobilisieren, wenn die Polizeigewaltigen flaubten, die „begehrliche Masse“ könne gefährlich werden. Es gab ungezählte friedliche Wahlrechtsdemonstrationen der alten Partei, die mit dem blanken Seitengewehr auseinandergetrieben wurden. Das diabolische Wort des letzten Hohenzollern und Theatercalligula von der Pflicht des Soldaten, auch auf Vater und Mutter zu schießen, ist in Arbeiterherzen noch nicht vergessen.

Preußen machte, wie auf allen andern Gebieten, so auch gerade im Polizeiwesen in ganz Deutschland Schule. Zwar hielten z. B. die sächsischen Großstädte in den letzten Jahren vor dem Krieg noch mit Mühe an ihrem Vorrecht fest, daß sie auf Grund der revidierten Städteordnung eine städtische Polizei hätten. Aber der kommunale Charakter dieser Stadtpolizei äußerte sich schließlich nur noch darin, daß die Stadtassen den Löwenanteil für die Kosten des Polizeiwesens aufzubringen hatten. In allen andern Dingen hatten die Stadtverwaltungen Sachsens das Maul zu halten und stramm zu stehen. Die Polizeidirektoren, zwar aus der Mitte der Stadträte meist gewählt, hatten freilich sich schließlich nur noch darin, daß die Stadtassen den Löwenanteil für die Kosten des Polizeiwesens aufzubringen hatten. In allen andern Dingen hatten die Stadtverwaltungen Sachsens das Maul zu halten und stramm zu stehen. Die Polizeidirektoren, zwar aus der Mitte der Stadträte meist gewählt, hatten freilich sich schließlich nur noch darin, daß die Stadtassen den Löwenanteil für die Kosten des Polizeiwesens aufzubringen hatten.

Krieg und Revolution haben nun dieses System einleermachen erschüttert. Nicht zwar dadurch, daß bereits eine Erneuerung an Haupt und Gliedern und im ganzen grundsätzlichen Aufbau des preussisch-deutschen Polizeiwesens durch die Umwälzung hätte vorgenommen werden können. Bis die Konterrevolution einsetzte, war die Zeit zur Umänderung der meisten verwaltungstechnischen Einzelheiten des bürokratisch-militärischen Staates zu knapp; allein die noch nicht einmal gelungene Ausrottung des Militarismus verschlang ja drei Viertel der kurzen Revolutionsenergie. Aber es ist doch insofern eine Erschütterung der ganzen künstlichen Pyramide des alten Polizeistaates in Sachsen wie in Preußen wie in ganz Deutschland eingetreten, als die Verkündung der modernen Menschenrechte durch die Revolution, noch mehr vielleicht aber die brutale Lehre des Krieges gerade den Werkzeugen des alten Systems den Star gestochen hat. Auch der deutsche Schuhmann ist radikalisiert worden. Er ist

## Der Gipfel der Frechheit.

Zu der von uns wiedergegebenen Erklärung des Stuttgarter Zentrumsblattes über die bayerischen Einwohnerwehren und die drohende Besetzung des Ruhrgebietes schreiben die Münchner Neuesten Nachrichten: Das Stuttgarter Zentrumsblatt regt sich unkonst ganz ungebührlich auf. Weder die bayerische Regierung, noch das bayerische Volk bedürfen der Mahnung der Stuttgarter Zentrumspresse. Die Angelegenheit ist Sache der Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung. Als Bayern sprechen wir ganz offen aus, daß wir uns diese unbefugte Einmischung nicht gefallen lassen. Wir erwarten von den ruhig denkenden Kreisen des sächsischen Volkes, daß sie solchen Streichen der Verblendung und der Phrasen nicht folgen werden.

Nach der Auffassung dieses bayerischen Blattes geht es also das deutsche Volk gar nichts an, wenn durch das verkehrswidrige Treiben der bayerischen Reaktionäre für das ganze Reich so verhängnisvolle Folgen wie die Besetzung des Ruhrgebietes heraufbeschworen werden. Den frechen Reaktionären in Bayern muß deshalb recht nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht werden, daß es sich die Masse des deutschen Volkes nicht mehr gefallen läßt, daß in so frivolster Weise mit den Lebensinteressen des Volkes gespielt wird. Vor allem muß von der Reichsregierung, die sich nach dem Münchner Blatte — wie lang schon und wie lange noch? — mit der Ruhr-Regierung über diese Dinge „auseinandersetzt“, verlangt werden, daß sie endlich einmal klipp und klar erklärt, was sie gegen das hoch- und landesverräterische Treiben der Ruhr und Heim und Eiserich zu unternehmen gedenkt.

## Weitere bedeutende Erhöhung der Fernspreckgebühren?

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Allgäuische Montagspost, die sich in letzter Zeit mehr durch Sensationsmeldungen als durch Nichtigkeit ihrer Meldungen auszeichnet, berichtet heute folgende, wenn sie zutreffend sein sollte, geradezu ungeheuerliche Tatsache: Die Fernspreckgebühren reichen trotz der letzten recht beträchtlichen Erhöhung, die sie erfahren

haben — eine Verflüchtigung gegenüber dem Friedensstand — noch immer nicht aus, um den Fehlbetrag bei der Reichspost zu decken. Wie wir aus gutunterrichteten, parlamentarischen Kreisen hören, wird der Reichstag sehr bald vor die Frage gestellt werden ob die notwendigen Beträge durch Steuern oder durch eine Neuregelung der Gebühren gedeckt werden sollen. Die Postverwaltung selbst hatte sich bei der letzten Erhöhung auf den Standpunkt gestellt, daß die allgemeinen Steuern nicht zur Deckung der Fehlbeträge der Reichsbetriebe verwendet werden dürfen. In diesem Falle müßten die Gebühren um volle 100 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Vorarbeiten für einen entsprechenden Gesetzentwurf bereits begonnen haben.

## Wrangel über den Zusammenbruch seiner Armee.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus London wird gemeldet: In einer Unterredung mit dem Berichterstatter der Evening News an Bord des Dampfers Kornikow, der mit 70 anderen Schiffen im Marmarameer liegt, erklärt Wrangel, sein Heer sei intakt geblieben, um den Kern eines neuen Heeres zu bilden. Er sei bereit, den Bolschewisten auf einer anderen Front Widerstand zu bieten. Alle Gewehre und Maschinengewehre seien gerettet. Nur die Panzerwagen und Tanks seien vernichtet. Es sei ihm jedoch nicht möglich gewesen, die Munition zu vernichten. Er habe sich außerdem genötigt gesehen, 15 000 verwundete Soldaten zurückzulassen, während es ihm gelungen sei, 6000 verwundete Offiziere mitzunehmen. Vorläufig werden die Infanterie nach Galzpost, die Kosaken nach Lemnow übergeführt werden. Der Berichterstatter fügt dem Bericht hinzu, daß unter den Truppen Wrangels, die unter großem Mangel an Wasser und Lebensmitteln leiden, zahlreiche Fälle von Geisteskrankheiten und Selbstmorden vorkommen.

nicht nur mehr der „neunjährig Gobierte“, der genau wie in der Unteroffizierszeit nach unten Tramp und nach oben Sitze sein will. Als vernünftiger und meist verheirateter Mann hat er die Haken im Krieg so oft zusammengeschlagen, daß selbst er Abrennung von der so gefeierten Manneszucht bekam, die nur Kadaverergerlichkeit war. In den Revolutionen nach hat dann gerade der Schwamm seine eigenen Studien über jene Vorgehensweise machen können, die ein Maul wie ein Krotzoll, ein Gehirn wie ein Spatz und ein Herz wie ein Kaninchen beschaffen ist nicht mit in die Höhe geschleift, in die sich damals die Volkredaktoren und Geheimen Räte verflochten. Aber er hat das alles staunend erlebt und er hat die ganze unformierte Herrlichkeit gewissermaßen in Unterhosen gesehen. Lächerlichkeit löst. Sie löst vor allem den blinden Gehorsam. Und so sind heute in großer Zahl die Schwämme, zum mindesten die jüngeren unter ihnen, nicht mehr diese Strammstiefelgüter und kommandierte Straßenschmiedmaschinen, sondern es regt sich auch in ihnen so etwas wie ein freihändlerischer Geist und bei dem hungernden eigenen Magen ein Gefühl dafür, daß auch einmal die Plebs im Recht sein kann, selbst wenn das Polizeidirektorium anderer Meinung ist. Das nennt man nun in jenen Kreisen, die sich als deutschnational hinstellen, daß die Schwämme „unzuverlässig“ geworden sind. Man denkt wirklich kein Geheimnis auf, wenn man daran erinnert, daß es das Volkstreiben der Reaktion schon seit geraumer Zeit ist, die „bolschewistische Infiltration“ blauer Polizei entweder abzuköpfen oder doch auf den Pfad der Jugend zurückzuführen.

Ein geradezu ideales Mittel zu diesem Zweck hat jetzt die Reaktion in der von der Entente geforderten Auflösung der Sippe gefunden. Es ist nun allmählich das dritte Mal, daß diese braunen Leuten mißsam ihren Mordinstrumenten den Namen wechseln. Zuerst Angehörige von Freiwillichkorps, bot ihnen im Frühjahr nach der Revolution die Reichswehr einen legalen Unterhalt. Als die Reichswehrherlichkeit durch Verfallenes zu Ende ging, taufte man sich in Sicherheitspolizei um. Jetzt, da auch das veraltet ist, nennt man sich Landespolizei. Die Mordwerkzeuge sind dieselben geblieben die Offiziere blieben dieselben, der Geist blieb derselbe! Und nun zwingt man alle jene alten Polizisten, die noch nicht 16 Jahre Polizeidienst tun, sich in diese seltsame Landespolizei umschreiben zu lassen. Das ist, außer seiner politischen Bedeutung, ein geradezu entwürdigendes Ansinnen für diese Beamten, die im Polizeidienst ausgebildet sind, während sich die Vorgesetzten der Landespolizei höchstens auf das Modell 08, den Gebrauch einer Handgranate und die Ausfertigung von Requisitionsscheinen verstehen. In einer Reihe der größten deutschen Städte, so in Elberfeld, in Frankfurt ist diese Neuaufstellung mit der alten Polizei schon vorgenommen worden. Die anderen Städte werden bald folgen. Und auch Sachsen wird sich dem preußischen Vorbild nicht entziehen können, auch wenn bisher der sozialdemokratische Minister Kühn, wie er in der ihm ergebenen Presse mitteilen läßt, noch keine Kenntnis davon erhalten hat. Wir sind in Sachsen durch die Erfahrungen gewöhnt und die Anklagen gegen das dunkle Treiben der frühkadernen Landespolizeileute im Dresdener St. Joh. bester nach wie vor. Die Militärkürzung der Polizei ist ein weiterer Hauptschlag der Konterrevolution gegen das Polizeiarbeit. Deutschland wird dadurch zu einem Polizeistaat wieder herabgewürdigt, der die Verhältnisse selbstbestimmten in jeder Beziehung ebenbürtig, ja überlegen ist.

### Ein „Verfassungstreuer“ an der Arbeit.

Der bekannte Gener. v. Watter, der in den Kapitägen im Ruhrgebiet ein so verhängnisvolles Spiel getrieben hat, der von der Regierung aber als „verfassungstreuer“ Mann trotz aller Proteste festhält und gehalten wurde, betätigt sich jetzt wieder eifrig als Förderer der reaktionären Pläne. Schon vor einiger Zeit konnte unser Berliner Parteiblatt, die Freiheit, berichten daß von Watter mit dem berühmten Hauptmann Pfister Besprechungen über die Aufmarschpläne der Konterrevolutionäre gehabt hat. Jetzt erklärt das badische Staatsministerium nun folgende Bekanntmachung:

Am 18. November hat im Tiergarten-Restaurant in Karlsruhe eine vertrauliche Versammlung stattgefunden, in welcher der Gener. v. Watter über die Gründung einer Organisation gesprochen hat, deren Bildung durch private Personen die Teilnehmer in Konflikt mit den Strafgesetzen bringen kann. Wir warnen vor jeglicher Teilnahme an solchen Versuchen durch persönlichen Beistand oder durch Eingabe von Geld. Da schon vorbereitende Handlungen zu einem derartigen Unternehmen strafbar sind. (Berordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920.) Außerdem sind solche Unternehmungen unvereinbar mit dem Einnahmengesetz. Für die Sicherheit der Bevölkerung sorgt die Regierung selbst.

Der Aufruf der badischen Regierung zeigt aufs neue, daß die Reaktionen eifrig an der Arbeit sind. Die Konterrevolutionäre rufen zu einem entscheidenden Schlag. Man die Arbeiterschaft auf dem Posten sein, um den Ansturm der Konterrevolution kräftig abwehren zu können.

### „Kein Grund mehr zur Klage!“

Im Hauptauschlag des Reichstages fand die Gener. Debatte über den Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsministerium statt. Der Bericht: Rat, Reichskommissar Stüden, erzählt, daß sich wesentliche Verbesserungen im Haushaltsplan machen. Der Etat bleibe keine Uebersicht, man tappe vollständig im Dunkeln selbst was die Reichswehr im Beharrungszustand kostet. In dem Etat nicht zu erkennen, die Kavallerie habe sich vergrößert, deshalb seien diese Ausgaben nicht berechtigt. Die Reutenants haben heute absolut höhere Bezüge als früher die Stabsoffiziere. Wir treten ein für das Militärheer, für das Wohl schon jeder die richtigen Worte gefunden hat. Keinen Staatssekretär, sondern einen Vertrauensmann des Parlaments gebrauchen wir im Reichswehrministerium. Anträge stelle er nicht, in der Erwartung daß dies von den Parteien aus geschieht.

Schöpfen (SPD.) läßt sich den Ausführungen des Berichterstatters an. Das große Heer der Charakteren sei nicht nur vom finanziellen, sondern auch vom militärischen Gesichtspunkt unzureichend. Schließlich behandelt dann die Mißstände die seit Wochen durch die Presse bekannt sind. Der Geist, der in der Reichswehr herrscht, wächst sich immer stärker zu einer Gefahr für die Republik aus. Der Reichswehrminister bestreite das Vertrauen der Offiziere, weil er — wenn auch nur halb — die Reaktion fördert. Deshalb ist auch der Reichswehrminister eine Gefahr für das deutsche Volk. Von der Loyalität der Regierung und der Obersten Heeresleitung ist der Redner durchdrungen und er ist fest davon überzeugt, daß man auch nicht von hinten herum den Friedensvertrag durchbrechen will.

Kritiker (USPD.): Alle Parteien erklären unausgesprochen Ruhe und Ordnung, Arbeit und Sparsamkeit kann uns retten. Die Sparsamkeit ist aber im Etat nichts zu spüren. Ich erkläre

ihnen heute schon, und zwar im Auftrag meiner Freunde, wie ich den Etat ab. Scharf kritisiert unser Redner die Handlungen des Ober-Reichskommissars Stüden, der in den Märztagen durch Dekret anordnete, daß alle die, die gegen die Regierung kämpfen, eine Kampfsache von 7. März bis zum Tag erhalten sollten. Das Schlimmste aber, die Regierung läßt diese Gelder auch zur Verschwendung bringen. Seckel erkannte den Mißbrauch an! Die Bildungsbereitschaft, die jetzt im Heere geleistet wird, richtet sich gegen die Republik und das Volk. Es ist dringend notwendig, daß die schärfste Kontrollmaßnahme dieses Treibens unterbunden wird. Witzig und auch wirtschaftlich wirkt die Reichswehr vorstehend. Große Kosten Rechnung, die der Reichswehr zur Verfügung standen, sind in der leichtfertigen Weise als Kosten für die Heere in den Kassen verstraucht worden. Obwohl man wissen mußte, daß Tausende Kinder kein Geld auf dem Leibe haben. Der Reichspräsident verlangt von der Regierung Auskunft über das Soliman-Übereinkommen, abgesehen von dem politischen Humbug, Millionen von Mark verschlungen hat. Wie stellt sich der Reichswehrminister zu der nicht kleinen Zahl von Wädern, die heute noch in den Reihen der Reichswehr beschäftigt werden oder doch noch mit ihr in enge Verbindung stehen?

Vor Schluss der Sitzung ergriff noch der Reichswehrminister das Wort und verteidigte in der gewohnten Weise seine Tätigkeit und die Handlungen der Reichswehrminister. Die Kreiskorps ließ er fallen, die hätten auch im Ueberflusse gearbeitet. Seine Posten im Heere sei die der Ausbildung, er fühle sich mehr als Arzt, der helfen will. Trotzdem habe er, wenn es nötig ist, auch schon (?) bei den Offizieren eingegriffen. Die Beschwerden, die von dieser Seite gegen ihn eingereicht worden seien, könnten leicht die Wichtigkeit seiner Worte bestätigen. Ein nützlich Grund, im Heere keine Schnitzmesser mit zu treiben, werde er stets hochhalten. Mit den Worten: Selten sie vorüber, wenn die 100 000 Mann-Heere steht, werden sie letzten Grund zur Klage mehr haben, schloß dieser gutgläubige Demokrat seine Ausführungen.

Herr v. Seckel stellt vor dem Auseinandergehen kurz noch fest, daß Kasernen für Privatwörter schon abzugeben wo den seien. In der Wärd sei kein Ueberflus im Heere. — Am Montag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

### Rechtssozialistische Wahlwindler!

Die Rechtssozialisten verbreiteten während der sächsischen Landtagswahlbewegung ein kleines Flugblatt mit folgendem Inhalt:

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Simon hat den Stein zur Aufhebung der Zwangswirtschaft ins Rollen gebracht. Er hat die ganze Frage vor das Plenum der Volkswirtschaft gebracht und somit der reaktionären Mehrheit diesen letzten Willen ausgesprochen.

Hierzu habe ich zu erklären: Eine gemeinere und niederträchtigere Verleumdung ist wohl noch selten im Wahlkampf ausgesprochen worden. Dem rechtssozialistischen Schreiber dieser Verleumdungsschrift ist sehr wohl bekannt, daß ich stets jedem Versuch der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit aller Energie entgegengetreten bin. Es ist ihm auch bekannt, daß der rechtssozialistische Minister a. D. Robert Schmidt den Antrag zur Aufhebung der Zwangswirtschaft gegeben hat, indem er als Minister einen Antrag der Reeder- und Schutzindustriellen auf Aufhebung der Zwangswirtschaft im Volkswirtschaftlichen Ausschuh der Nationalversammlung aufstellte, wie er erklärte, die Zwangswirtschaft sich nicht mehr aufrechterhalten lasse. Es ist dem Schreiber auch bekannt, daß ich mich damals mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgesprochen und voraussetzt habe, daß bei Aufhebung derselben die Preise für Leder und Schuhwerk ins Ungemessene steigen. Trotzdem hat Schmidt der Aufhebung zugestimmt. Auch im Volkswirtschaftlichen Ausschuh des letzten Reichstages, der in der letzten Zeit sich wiederholt mit der Zwangswirtschaft befaßt, haben die Vertreter der USPD die Verhinderung der Zwangswirtschaft mit Entschiedenheit vertreten. Leder haben gerade die rechtssozialistischen Parteimitglieder den Gegnern der Zwangswirtschaft die Argumente für die Aufhebung der Zwangswirtschaft geliefert. Die Konsumvereine haben auf ihren verschiedenen Tagungen im letzten Jahr die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert und obwohl die wenigen Anhänger der USPD auf den Konsumvereinstagungen davon warnen und auf die Folgen für die Arbeiterschaft hinwies, Resolutionsentwürfen angenommen, in welchen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert wird. Wenn also diejenigen, die der Aufhebung der Zwangswirtschaft Vorstoß leisteten, Verrat an der Arbeiterschaft übten, so sitzen diese Verräter nicht in den Reihen der USPD, sondern in den Kreisen der Rechtssozialisten.

Vol. Simon-Nürnberg.

### Der Mörder Rosa Luxemburgs?

Ein im Erlanger Garnisonlazarett liegender „angeblicher“ Fliegerleutnant Karl Heinz Hoffmann aus Lüneburg beläutert sich selbst, der Mörder der Rosa Luxemburg zu sein. Obgleich wird dazu mitgeteilt: Ob diese Angaben zutreffen, oder ob es sich hier nur um Wahnvorstellungen handelt, muß noch festgestellt werden. Der angebliche Hoffmann ist Morphinist. Auch seine Persönlichkeit steht noch nicht mit Gewißheit fest. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Es ist einigermaßen befremdend, daß die Behörde noch nicht einmal die Persönlichkeit des Hoffmann feststellen konnte. Da gewisse, in der tamolen deutschen Republik sehr einflussreiche Kreise ein großes Interesse daran haben, die volle Aufklärung der Ermordung Rosa Luxemburgs zu verhindern, so muß die Öffentlichkeit eingehende Darlegung der schließlichen Feststellungen fordern.

### Der Schieberhandal und die Regierungs-sozialisten.

Die Neu- und Altkommunisten haben im Reichstag einen Antrag gestellt, in dem sie die Einkünfte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses verlangen zur Prüfung der Frage, in welchem Umfange der Vermögensverflechtung deutscher Staatsangehöriger durch ein Berliner Bankhaus durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen und ihrer Reichsanleger Hermann Wüller, Gustav Bauer und Philipp Scheidemann verschuldet worden ist. Die Volkspartei Reueken Nachrichten bemerken dazu es sei nicht einzusehen, weshalb die bürgerlichen Parteien diesem kommunistischen Antrag nicht zustimmen sollten. Der Vorstoß der Kommunisten kann also möglicherweise für die rechtssozialistischen Regierungsmänner eine recht unliebsame Uebersetzung zur Folge haben.

### Wieder ein Schwindel aufgedeckt.

Vor vierzehn Tagen veröffentlichte die Deutsche Zeitung einen Schriftwechsel über ein angebliches Abkommen zwischen einem „kommunistischen Zentraloberkommando“ in Berlin der Moskauer Regierung. Wie leicht das

Wolfske Bureau auf Grund von Informationen des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung mittelst, handelt es sich bei den veröffentlichten Schriftstücken um Fälschungen.

### Die allmächtige Zentrale.

Die rote Fahne und die Internationale veröffentlichen den Entwurf der Organisationsstatuten der Vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands, Sektion der kommunistischen Internationale. Diese Statuten verpflichten in ihrem § 2 die Parteimitglieder, sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei, die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften, zusammenzuschließen, sich zu kommunistischen Betriebsorganisationen zu vereinigen und einen jederzeit zurückrufbaren Fraktionsvorstand zu wählen.

Der § 18 besagt, daß die Anstellung der Bezirkssekretäre, Redakteure, Agitatoren und Gewerkschaftsführer nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen darf und die Anstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen der Genehmigung der Bezirksleitung unterliegt. Diese Praxis ist von vielen Gewerkschaften bisher ebenfalls gelbt worden. Sie ist aber von den für die Revolutionierung der Gewerkschaften kämpfenden Sozialisten stets als unverträglich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder bekämpft worden. Jetzt wird sie in der kommunistischen Partei auf Geheiß Moskaus eingeführt. Ob deutsche Arbeiter daran Geschmack finden werden?

### Sofortige Verämelung!

Die oßkassischen Neu-Kommunisten hatten am 17. November in Dresden eine Konferenz, in der von allen Vertretern die sofortige Verämelung mit der SPD verlangt worden ist. Dieses Verlangen wird nur zu bezweifelnd, wenn man die auf derselben Tagung vernommenen Delegiertenberichte berücksichtigt. So berichtete ein Vertreter von Sachsen, daß die Zahl der zu den Neu-Kommunisten übergetretenen Genossen nur „sehr klein“ ist und daß darum diesen Genossen gleich der sofortige Anschluß an die SPD empfohlen werden sei. Auch die Gruppe Weichen mußte bekennen, daß sie organisatorisch noch sehr schwach sei und daß man vorberühend nur von der Hoffnung auf eine baldige Untergründung der reaktionären USPD leben. Technische Stimmung war auch den arden Vertretern zu entnehmen. Man begriffte daher, daß nur von der sofortigen Verämelung eine Belebung des Parteilebens erwartet wird.

### Befähigung einer Entente-Kommission.

Augsburg, 22. November. Hier kam es zu einem Anstoßfall zwischen Mannschaften der sächsischen Kavallerie und Militärgenossen der Preussischen Entente-Kommission. Bei der Festlegung von Wohnstätten in der Kaserne kostete die Kommission darauf, auch in den Kammern der Mannschaften nach Waffeln zu suchen. Die dadurch gereizte Mannschaft ließ sich zu Mißhandlungen der Entente-Mitglieder hinreißen. Auch der Kraftwagen der Kommission wurde beschlagnahmt. Die in Anwesenheit der Kommission geführten deutschen Uebersuchungsaktionen suchten nach Waffeln die deutsche Mannschaft zu beruhigen, konnten jedoch nicht alle Rundgebungen verhindern.

### Abbruch der deutsch-russischen Wirtschafts-verhandlungen?

O. E. Hoffmeyer, 18. November. Die Petersburger Note Zeitung hält einen Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland für möglich, da die deutsche Regierung den Forderungen der Sowjetrepublik die Einreise verweigere, obwohl die Waren zum Ueberschuss nach Rußland bereit seien. Es ist allerdings an der Zeit, daß die deutsche Regierung ihre schwankende Haltung gegenüber Rußland aufhört und endlich durch eine entgegenkommende eindeutige Politik die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland ermöglicht.

### Die neue österreichische Regierung.

Wien, 20. November. Der Nationalrat hat mit 99 Stimmen der Christlich-Sozialen und Großdeutschen gegen 58 Stimmen der Sozialdemokraten die Bundesregierung genehmigt. Das neue Kabinett setzt sich aus 4 christlich-sozialen Abgeordneten und 6 Beamten zusammen. Die Besetzung ist folgende: Bundeskanzler und Außenminister Bundesminister Dr. Manr. Innerer und Heeresminister Sektionschef Glanz von Eicha, Kultus und Unterricht Reichsminister Sektionschef Grimm, Volksernährung der bisherige Leiter dieser Ministerium Grünberger, Reichsminister Bundesminister Fetsch, Justiz Sektionschef Paltauf, Handel, Gewerbe und Industrie Bundesminister Seini, Land- und Forstwirtschaft Bundesminister Hauers, Sozialverwaltung bisheriger Bundesminister Reich.

Eine Zeitungs-Korrespondenz veröffentlicht eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Manr. in der dieser u. a. erklärte, das Programm der neuwählten Regierung könne naturgemäß nur ein rein wirtschaftliches sein. Vor allem bedürften die Ernährungsverhältnisse dringend einer Verbesserung. Ferner sei die Wiederbelebung der Industrie eine unumgängliche Notwendigkeit, weil nur dadurch die natürlichen Verhältnisse anders werden könnten. Der Bundeskanzler bezeichnete es als erste Pflicht, gute Beziehungen zu allen Staaten ohne jede Ausnahme zu unterhalten, wie solche schon jetzt angebahnt würden. Wir wollen uns, sagte er, das Vertrauen aller erwerben und keinerlei parteimäßige Betwählungen führen.

### Die Wirren in Böhmen.

Wien, 20. November. Die Blätter melden aus Prag, der zehnte Tag verliert ruhig. Wenden versammelten sich wieder vor dem Neuen Deutschen Theater zahlreiche Demonstranten, deren drohende Haltung den vorzeitigen Abbruch der Verfassung veranlaßte. Demonstrationen hierauf das Theater. Eine Anzahl der verhafteten Demonstranten wurde auf Einschreiben des Prager Bürgermeisters aus der Haft entlassen.

### Die griechischen Monarchisten triumphieren.

Berlin, 22. November. (Eigene Drehtrommelung der D. Z.) Der London-Lugano-Korrespondent des Lokalanzeigers meldet aus Lugano: Der Ministerpräsident Thallis erklärte dem Sonder-Korrespondenten des Corriere de la Sera: Nach dem Gesch besteht in Griechenland keine dynastische Frage. Laut Artikel 45 der Verfassung gehört der Thron dem König Georg (dem Väter Konstantins) und seinen königlichen Erben. Konstantin wurde gewaltsam verjagt und kehrt jetzt auf seinen Thron zurück. Das ist der gesetzliche Rechtslauf. Frankreich und England werden sich nicht widersetzen. Venizelos ist politisch tot. Der Volkspruch hat ihn begraben. Uebriqens ist das griechische Volk stolz auf seine Unabhängigkeit und würde kein Protektorat dulden. Griechenland vergißt nicht, daß es für seine Unabhängigkeit 1832, namentlich Frankreich dank schuldet, und sein Hauptgedanke wird darauf gerichtet sein, freundliche Beziehungen mit allen zu unterhalten, insbesondere mit England, Frankreich und Italien. Beglückwünscht

frühere Konstantin erklärte sich noch, die Regierung sei noch nicht in direktem Verkehr mit ihm. Seine zuletzt bekanntgewordene Meinung sei für eine Volksabstimmung. Das eine sei gewiss, Konstantin werde zurückkehren.

### Die französische Regierung gegen die Rückkehr des griechischen Königs.

Paris, 19. November. (W. T. B.) Eine halbamtliche Note über die gestrige Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Lenglus und dem englischen Botschafter Lord Derby besagt, der französische Ministerpräsident habe dem englischen Botschafter erklärt, die französische Regierung sei der Rückkehr des Königs Konstantin auf den griechischen Thron durchaus feindselig gesinnt. Lenglus habe die Ansicht ausgesprochen, die Lage müsse einleuchtend von den griechischen Schuhmächern b'prochen werden. Der französische Ministerpräsident habe auch auf die Kosten aufmerksam gemacht, die der Rücktritt Venizelos auf die allgemeine Lage haben könne.

London, 20. November. Daily Express meldet, die Stimmung Großbritanniens und Frankreichs in der Frage der griechischen Thronfolge könne erst nach dem am nächsten Donnerstag erfolgenden Zusammentritt der griechischen Kammer entschieden werden.

### Die Lage im Osten.

#### Militärische Maßnahmen des Bölkerbundes gegen Polen.

Genf, 22. November. II. Der litauische Geschäftsträger in Paris, Milsch, der gegenwärtig in Genf weilt, hat dem Bölkerbundspräsidenten Osmans eine Note übermittelt, nach welcher die litauische Armee Gefangene gemacht hat, welche der Armee Jeligowski angehören. Aus der Art der Zusammenfassung dieser Gefangenen geht zweifellos hervor, daß die Armee Jeligowski zur Zeit aus 15 Divisionen besteht. Da Jeligowski anfänglich nur über zwei Divisionen verfügte, ist für die litauische Regierung in dieser Feststellung erwiesen, daß die Polen Jeligowski in unautonome Weise Hilfe leisten. Die litauische Regierung erlucht daher den Bölkerbund, auf Grund des Artikels 16 der Bölkerbundscharta einzuschreiten. Tatsächlich verlautet, daß der Bölkerbund den litauisch-polnischen Zwischenfall benutzen will, um seine Autorität geltend zu machen. Die Absendung eines internationalen Truppenkontingents nach Wilna gilt als sicher.

Nach einer Meldung der litauischen Telegraphen-Agentur sind die polnischen Vorhänge gegen die litauische Front durch litauische Truppen zum Stehen gebracht worden.

#### Neue polnische Angriffe in Ostgalizien.

Kowno, 19. November. (Lit. T. B.) Mit dem Vorhänge der Kontrollkommission des Bölkerbundes, die Kriegsoperationen einzuwickeln, sind die Litauer einverstanden. Die Polen jedoch haben, trotz einer Antwort zu geben, am 17. November mit vereinigten Kräften auf der ganzen litauischen Front die Angriffe, soz. in der Gegend von Scherwyl, der Kom. Lissa, den. Bei Hidroze wurde die Front durchbrochen. Die Polen leiten ihre Angriffe mit starken Kräften fort. Ihre Kavallerie hat bereits Kurila besetzt. Die erbitterten Kämpfe dauern fort.

#### Wiederaufnahme der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

London, 20. November. Das Reutersche Büro erfährt, daß die russisch-polnischen Friedensverhandlungen in Luga wieder aufgenommen worden sind.

### Reichstag.

Berlin, den 20. November 1920.

Im Ministerklub: Scholz und Birth.

Der Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Erhebung des Reichsnotens und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird auf Antrag des Abg. Nießer (D. Sp.) dem Steuerauschuß überwiesen.

Es folgt die Interpellation Müller-Franken (Soz.): Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt — und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa — zugefügten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapital- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen wird?

Abg. Pöfller (Soz.) begründet die Interpellation. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat erklärt, daß die Reichsregierung die Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehen werde, und daß der Reichswirtschaftsminister beauftragt sei, unverzüglich die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliege. Dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsminister aufgefordert, den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes umgehend vorzulegen. Zuletzt hat der Reichschahminister von Kaumer im Reichswirtschaftsrat erklärt, das Reichskabinett sehe auch jetzt noch geschildert auf dem Boden der früheren Regierungserklärungen. Daraus ist zu erkennen, daß die Regierung sich klar und bündig festgelegt hat, daß sie sich zwar auf keines der Gutachten verpflichtet hat, wohl aber die Vorlegung eines Gesetzes unabweislich versprochen hat. Seit diesen Erklärungen ist es aber still geworden von der Sozialisierung. Ich muß daher fragen: auf welchem Standpunkt steht die Regierung jetzt? Will sie vor den Gegnern der Sozialisierung, die sich jetzt mächtig rühren, etwas zurückweichen? Darauf muß eine klipp und klare Antwort erteilt werden. (Beifall bei den Soz.) Der Redner gibt einen historischen Überblick über die Geschichte des Bergbaues und legt dann dar, daß die bisher gemachten Vorschläge rein privatkapitalistisch orientiert waren. Man will jetzt statt der nicht mehr genügenden horizontalen Gliederung des Wirtschaftslebens die vertikale Gliederung einführen. Man will die einzelnen Produkte von ihrem Ursprung von der Kohle bis zu ihrer letzten Verfeinerung zusammenfassen. Die Füge davon wäre eine Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige unter privatkapitalistischer Herrschaft. Genen diese Kohlenbergarbeiter, die unter den jetzigen Verhältnissen ungeheuerlich sind, müssen wir uns entscheiden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ganze Engegenkommen gegen den Sozialisierungsgeboten besteht in diesem Gutachten in der Herausgabe von Aktienaktien, wodurch eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter erzielt werden soll. Es ist unmöglich, darin auch nur eine scheinbare Sozialisierung zu erkennen. Die Annahme dieser Vorschläge würde eine Auslieferung des gesamten Volkswohls an das Privatkapital bedeuten. Eine wesentliche Kohlenpreiserhöhung wäre notwendig, um die Kapitalerhöhung lohnend zu machen. Der Zweck der Sozialisierung ist nicht, die Macht des Privatkapitals zu stabilisieren. Das, was man heute statt Sozialisierung Kapitalisierung nennen kann, lehnen wir ganz entschieden ab. Es ist an der Zeit, daß die persönlichen Interessen hinter die Interessen der Gesamtheit zurückgestellt werden. Es ist richtig, daß die Bergarbeiter sich über den Grundgedanken der Sozialisierung nicht ganz klar sind. Es gibt, unsre Kraft in den Dienst des Volksganzen zur Hebung eben des Ganzen zu stellen. Die Produktion an Kohlen ist in den letzten Monaten mit Rücksicht auf das Vorkommen von Spa ständig gestiegen. Sollte aber die Regierung die Arbeiterschaft durch einen kommenden Gesetzentwurf enttäuschen dann wären die Polen nicht zu übersehen. Das wäre nach meiner Meinung der Anfang von noch viel größerem Unheil. Durch die Kehlen vieler hunderttausender Kohlenarbeiter geht der Ruf nach Gerechtigkeit, der in dem Gedanken der Sozialisierung und der Forderung nach dieser seinen Ausdruck

findet. Die Enttäuschung wäre das schlimmste, was uns im gegenwärtigen Augenblick geschehen könnte. (Zwischenruf und Widerspruch des Abg. Winnefeld (D. Sp.)) Sie sind absolut nicht autorisiert, für die Bergarbeiterschaft das Wort zu erheben, Sie sind inspiert von christlichen Gewerkschaften. (Beifall bei d. Soz.) Wir sind uns unserer Mission vollkommen bewußt: die Steigerung der Produktion zu erreichen und damit dem Volksganzen zu dienen. Wir erwarten aber auch von der Regierung Verständnis und Entgegenkommen. (Beifall b. d. Soz.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Zu der außerordentlich sachlicher und maßvollen Begründung der Interpellation habe ich namens der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaus mit größtmöglicher Beschleunigung der gesetzgebenden Arbeit vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Reichssozialrats noch nicht abgeschlossen. Um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese entscheidende Frage der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden, wurde die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaus bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt. Es wäre verfehlt, schon jetzt vor Abschluß der sachmännlichen Beratungen ein Urteil oder einen Beschluß zu geben.

Dieser Erklärung habe ich nur wenige Worte hinzuzufügen. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß sie nicht einen Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts machen darf, sondern umgekehrt. Sie wird und muß einen geraden aber wohlüberlegten Weg einschlagen. Auch der Redner muß anerkennen, daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht so ganz einfach zu lösen ist. Daß es so ist, geht mit großer Deutlichkeit daraus hervor, daß die Partei des Interpellanten, die 1 1/2 Jahre lang teils allein, teils maßgebend in der Reichsregierung gesessen hat, während dieser Zeit einen solchen Weg nicht vorzuschlagen vermochte. (Zustimmung rechts.) Nach Auffassung der Reichsregierung wäre es vermessend, wenn wir dieser außerordentlich schwierigen Kräfte, die mit Rücksicht auf die allgemeine Bedingung unserer Wirtschaft von innen und außen mit ganz besonderer Vorsicht angefaßt werden muß, jetzt unter Nichtbeachtung derjenigen Forderungen vorzugehen, die außer Acht unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete stattfinden. Heute wie immer müssen wir alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für das gesamte Wirtschaftsleben so einschneidenden Frage alle parteipolitischen Ansichten zurückzustellen und nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und den Sachverständigen zu prüfen, welche Ergebnisse dieser Frage dem Gesamtwohl von Nutzen sein könnte. Es gibt nur einen sachlichen Weg, der befruchtend ist auf der gemeinsamen Zusammenkunft aller produktiven Kräfte des Volkes, und der zu einer Lösung führt: die für alle bestmögliche ist. Die Regierung kann bei erster Auflassung ihrer Aufgabe nicht an den derzeitigen Beratungen vorbeigehen.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Abg. Holz (Zent.) schließt sich namens seiner Fraktion den Erklärungen der Regierung an und hofft, daß die Beratungen der Kommission möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. Könnte dies nicht der Fall sein, dann möchte die Regierung tunlichst rasch ihre Vorlage einbringen. Wir halten es augenblicklich nicht für zweckmäßig, in eine nähere Beratung der Frage einzutreten.

Abg. Leopold (D. Nat.): Die Sozialisierungskommission war so einseitig zusammengesetzt, daß die für das Wirtschaftsleben maßgebenden Personen nicht zum Worte kamen; die Teilnehmer waren zum Teil nicht einmal deutsche Reichsangehörige. (Lebhafter Widerspruch.) Die Selbständigkeit der Direktoren des Bergbaus steht in diesen Vorschlägen nur auf dem Papier. Die Länge des Geschäftsganges gestattet keine tatkräftige Initiative. Bergbauminister ist das Herausreißen des Kohlenbergbaus aus dem ganzen übrigen Wirtschaftsleben. (Sehr wahr! rechts.) Wir mühen das Ergebnis der allein sachverständigen Sachverständigenkommission abwarten. Die Vollsozialisierung wirkt produktionshemmend und verteuert. Wir lehnen deshalb eine derartige Regelung ab. Nur der Gedanke der Arbeitgemeinschaft kann uns wieder hochbringen. (Beifall rechts. Widerspruch links.)

Abg. Curtius (D. Sp.): Das Verfahren des Reichswirtschaftsrats ist noch nicht abgeschlossen, er hat bisher das Problem kaum wesentlich gefördert. Wir müssen seine Ergebnisse abwarten. Es geht nicht an, daß die Reichsregierung und der Reichswirtschaftsrat gegen- und durcheinander arbeiten. Es gibt zwei Wege zur Lösung des Problems, den des Reichswirtschaftsrats, den Weg der Sachlichkeit und des Vertrauens einerseits, oder den Weg der Politik, der seinen Ausgang vom Generalstreik und dem Abkommen des 20. März genommen hat, andererseits. Die sozialistischen Parteien wollen den Weg des Kampfes um die Macht gehen. Der Kollege Pöfller hat heute in seiner Begründung sich in Widerspruch gesetzt zu seinem sachlichen Auftreten im Reichswirtschaftsrat. Seine Drohungen wären besser unterbitten. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen den Weg der sachlichen Auseinandersetzungen gehen. Ich verweise auch einen Hinweis darauf, daß eine sofortige Amorganisierung der Kohlenwirtschaft die Erfüllung des Abkommens von Spa unmöglich machen würde. (Beifall bei den Deutschen Volkspartei.)

Abg. Leitz (Bayr. Sp.): Im Hinblick auf die Erklärung der Regierung und in der Erwartung, daß bald eine Vorlage über den Kohlenbergbau eingebracht wird, sehen wir jetzt von einer Erörterung des Problems ab, möchten aber betonen, daß in dieser wirtschaftlich sehr wichtigen Frage nicht nur die direkt beteiligten Kreise gehört werden, und daß das Problem nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt werden darf.

Abg. Hente (UEP.): Die Frage der Sozialisierung ist eine Machfrage. Von der jetzigen Regierung ist alles andere als eine Förderung der Sozialisierung zu erwarten. Eine bürgerliche Partei nach der anderen hat sich hinter diese Regierung gestellt, um interessenlosesten war die Erklärung des Zentrums, das sich auf den Boden der Regierungserklärung gestellt hat, ohne sie zu kennen. Oder hat das Zentrum gewußt, daß die Regierung sich vom privatkapitalistischen Geist würde leiten lassen? Die christlichen Bergarbeiter werden von der Haltung des Zentrums bitter enttäuscht sein. Es heißt die Schuld auf die Spitze treiben, wenn die Rechtsparteien, die auf politischem Wege den Kapitalprofit sichern wollen, uns den Vorwurf machen, wirtschaftliche Dinge auf politischem Wege entscheiden zu wollen. Wir werden die Arbeiterschaft darüber aufklären, was sie zu tun hat, um ihre Forderungen dennoch durchzusetzen. Ihre Drohungen lassen Sie (nach rechts) nicht, der Kampf wird heissen, ob Sie ein Recht haben, unsre Drohungen zu verachten. Die Bergbaukapitalisten tragen die Hauptlast an der Verlängerung des Krisens und an unsrer schlechten Wirtschaftslage. (Sehr richtig! links.) Sie waren immer nur auf den eigenen Geldbeutel bedacht. Ein Bergbaukapitalist wollte soz., daß sein Sohn jetzt Franzose werde, damit sein Unternehmen den Schutz der französischen Regierung genieße. (Hört! hört!) Wie es diesen Herren Kapitalisten beispielsweise in der Krone des Anschlusses Deutschlands zum Herrn ist, kann man sich leicht denken. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter werden trotz aller Gegenmaßnahmen der bürgerlichen Parteien ihren geraden Weg gehen. Wir können uns auch nicht dazu verstehen, daß die Krone der Sozialisierung des Kohlenbergbaus mit etlichen Millionen auf andre kranke Kräfte, z. B. Ober- und Mittelbau, und ähnliche Anwesenheiten werde. Jede Mitarbeit an einer derartigen Katastrophe wollen wir auf das entschiedenste ablehnen. (Zustimmung links.) Was wir von den Herren Bergbaukapitalisten erwarten, ist, daß sie ihren hohen Lohn nicht durch eine Arbeiterlohnsteigerung noch durch solche Schwundmanöver täuschen, wie die nach der Revolution, als es hieß, der Sozialismus marschiere. Die Arbeiterschaft wird es bei der Entscheidung ihres Lebens nicht an Entschlossenheit, aber auch nicht an Ruhe und Besonnenheit fehlen lassen. Keine Forderung ruft

größere Entrüstung unter den Arbeitern hervor, als die Entschädigung der Bergarbeiter. Die Entlohnung der Bergbaukapitalisten und die Sozialisierung des Bergbaus ist eine internationale Frage, sie wird auch von den ausländischen Arbeitern gefordert. Das Vorgehen stellt sich geschlossen der Sozialisierung entgegen, aber alle Hindernisse werden nicht hart genug sein, die Arbeiterschaft an der Erreichung ihres Zieles zu hindern. Im Namen der Arbeiterschaft fordern wir die schleunigste Einbringung einer Vorlage, fordern wir die Sozialisierung des Bergbaus, nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern zum Wohle des ganzen deutschen Volkes. (Beifall b. d. UEP.)

Abg. Gajler (Zent.): Die deutsch-demokratische Fraktion vertritt den Standpunkt, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Gegenwart ist, der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft einen größeren Anteil als bisher an der Gestaltung und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern, ohne auf die kraftvolle Beteiligung der Unternehmerpersönlichkeit zu verzichten. Sie erkennt an, daß die Lösung dieser Frage der äußersten Beschleunigung bedarf, um in unsrer Wirtschaftlichen Ruhe, Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit einleeren zu lassen und dadurch die Leistungsfähigkeit der Produktion zu steigern. Es ist deshalb unverzüglich in eine Prüfung der Wege einzutreten, die zu diesem Ziele führen können. Diese Prüfung muß im Hinblick auf die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gründlich und eingehend sein. Ihr Ergebnis wird die Stellung der Fraktion gegenüber dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurf bestimmen.

Abg. Koenen (Neu-Kom.): Ich habe mich gewundert, daß der rechtsunabhängige Redner nichts über das Verhalten der Reichssozialisten seit dem März gesagt hat. (Seiterzeit.) Hat man sich bereits miteinander verständigt? Die Interpellation ist nur Heuchelei. Die Reichssozialisten hatten ja einmal den Auftrag, die Sozialisierung durchzuführen, aber sie haben versagt. Ich frage die Reichssozialisten, ich frage die früheren Reichsanwälte Bauer und Müller, was sie in der Zeit ihrer Amtstätigkeit für die Sozialisierung des Bergbaus getan haben. Wir haben, besonders von Müller, viele Versprechungen gehört, wir haben gehört, daß die Braunkohlensozialisierung eine der dringlichsten Aufgaben sei, aber nichts davon ist Wirklichkeit geworden. Die Reichssozialisten haben die Sozialisierung versprochen und waren durchaus in der Lage, eine Vorlage durchzuführen. Auch die acht Punkte, die nach dem Kapp-Putsch von der Regierung angenommen wurden, verpflichteten zur Sozialisierung, und Müller war damals Reichsanwalt. Der Reichssozialist Köfner hat auch heute nichts anderes als eine Falschlieferung gefordert. Wir sehen daraus, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen dem, was die Reichssozialisten reden, und was wirklich Sozialismus ist. Wir als Kommunisten begrüßen es, wenn die Bekräftigung des Herrn Sinnes Fortschritte macht. Das ist auch ein Weg zum Sozialismus, das macht die Unternehmen zur Sozialisierung reif. Sinnes wird auf seinem Wege die Entlohnung des Proletariats herbeiführen, Sinnes ist unser Vorkämpfer. Je reichhaltiger die Unternehmen angeschwollen sind, desto deutlicher wird der Arbeiter merken, daß es nur noch der Eroberung der politischen Macht bedarf, um den Bergbau in seine Hand zu bekommen. Wir sind Sinnes glückliche Erben. Einmal kommt der Endkampf um die politische Macht, wir bereiten ihn vor, so gut wie Sie, und er wird anders ausfallen als im November 1918. Dann wird die Stunde des Kapitalismus geschlagen haben, dann gibt es kein Zurück mehr. Sozialisierung ist heute gleichbedeutend mit sozialistischer Revolution und Erbesehrung der Rätesysteme. (Beifall b. d. Kommunisten.)

Abg. Kantschek (Soz.): Als Erwählung gegen die „Schludrige Angli“, die uns der Redner in der Sozialisierungsfrage vorwirft, muß ich sagen, daß es mit dem persönlichen Mißtraue des Herrn Koenen gar nicht so weit her ist. Als er nach dem Kapp-Putsch nach Halle reisen wollte, sich er sich zur Sicherung seiner Person durch den Oberpräsidenten zwei Beschleunigungen ausliehen, und in Halle war er nicht einmal dazu zu bewegen, in seiner Wohnung abzustiegen, sondern er logierte sich in demselben Hotel ein, in welchem der Oberpräsident wohnte, um ja ganz sicher zu sein. (Anhaltende Seiterzeit.) Der Vorwurf, daß die frühere Regierung in ihrem 1 1/2-jährigen Wirken kein Sozialisierungsgesetz vorgelegt habe, ist vollkommen unrichtig, denn die frühere Regierung, der auch meine Parteifreunde angehört, hatte zunächst den Friedensschluß abzuwarten und dann wurde sie auch durch den Kapp-Putsch gestört. Der Herr Minister und die Rechte mügen nur aufmerksam gemacht sein, daß die Gehälter der Arbeiter in den Kohlenwerken vollkommen erschöpft ist und daß es uns kaum gelingen wird, sie davon zu überzeugen, daß es für die Sozialisierung einer noch längeren Vordereitungsbedürfe. Ich kann sagen, daß die christlichen Gewerkschaften eine ganz scharfe Entschiedenheit in unsern Sinne gefaßt haben. Die christlichen Gewerkschaften fordern die Vollsozialisierung soz. ohne Entschädigung der Bergwerksbesitzer. Die Bergwerksbesitzer behaupten, bei der heutigen geringen Produktion soz. noch auszuweichen; das ist lächerlich, wir kennen ihre Profile. Die Arbeiter hegen gegen jeden Vorschlag, der von Sinnes kommt, das größte Mißtrauen. Gerade auf Sinnes Forderung ist am unheilvollsten gewirkt worden. Man hat behauptet, daß durch die Sozialisierung keine Produktionssteigerung eintreten würde, sicherlich aber würde ein Rückschlag der Produktion eintreten, wenn die Sozialisierung nicht durchgeführt wird. Die Bergarbeiter arbeiten, um das Abkommen von Spa zu erfüllen, nicht für den Profit von Sinnes und Genossen. Wird die Forderung nach Sozialisierung nicht erfüllt, so wird sie von den Arbeitern mit allen Mitteln durchgesetzt werden. (Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Koenen (Neu-Kom.), daß er in Halle keinen Passierschein brauchte und keinen bekommen habe. Aber Arbeiter brauchten einen wegen der weißen Garde. Er selbst sei mit Höfing in sein Hotel gegangen, um ihn von den Offizieren zu isolieren.

Abg. Höfing (Soz.) (persönlich): Der Abg. Koenen hat damals eine Legitimation von mir erbeten und erhalten. Er hatte nicht den Mut, allein in seine Wohnung zu gehen, und hat mich, mit mir kommen zu dürfen. (Seiterzeit.)

Abg. Koenen (Neu-Kom.) (persönlich): Ich bin bei Höfing geblieben, weil sonst die Verhandlungen nicht so gut ausgearbeitet wären, meine Mitwirkung ist nachher auch von Herrn Höfing als sehr wertvoll bezeichnet worden. (Große Seiterzeit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus verläßt sich auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf über Oberbefehl, Interpellation Müller (Soz.) über Kapitalverleihung nach dem Auslande.

Schluß 2 1/2 Uhr.

### Von Nah und Fern.

Junne Betrüger.

Kassel, 20. November. Der Hessische Bankverein ist durch zwei junge Bureauassistenten, Otto Halle und Hermann Wagner, um 280000 Mark betrogen worden. Das Geld ist den Betrügern auf Grund gefälschter Anweisungen der Hessischen Mittelschulischen Generalverwaltung an der Kasse des Hessischen Bankvereins ausgezahlt worden. Auf die Wiedererlangung des Geldes und die Festnahme der erst 17-jährigen Verbrecher ist eine Belohnung von 20000 Mark ausgesetzt worden.

Ein verwegener Dieb.

Breslau, 20. November. Nach dem Obersekretär Wandrer verlor die Doppel ein junger Schloßer, den die Kunst der Einbrüche lehrten goldenen Stern und die vergoldeten Mittelabteilerstücke zu hehlen. Vorübergehende hörten das Geräusch und benachrichtigten die Polizei, die den verwegenen Schloßer festnahm.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Piller, Vorort Leipzig.

Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. November.

Parteiangelegenheiten.

Entscheid. Heute abend, 1/8 Uhr, Frauendiskussionsabend im Geschichtshaus.

Thonberg-Stötterli. Dienstag, den 23. November: Frauendiskussionsabend im Restaurant Stadt Hof. Referent: Genosse Lehrer Bauer: Politik und Schule.

Industrie-Gruppe 6, Graphisches Gewerbe. Heute abend 7 Uhr Vollversammlung im Volkshaus, Großer Saal.

Gruppe 1, Bank, Handel, Versicherungsgewerbe. Heute abend 7 Uhr Vollversammlung im Volkshaus, Cafe links.

Für beide Versammlungen legitimiert die rote Anwesenheitskarte. Die Anwesenheitslisten werden in beiden Versammlungen bekanntgegeben.

Kurtus Jenßen Westen. Wegen Krankheit des Genossen Jenßen muß der Vortrag heute ausfallen.

Neue Kurse Im Anschluß an die Vortragsreihe über die Entwicklung in der Natur behandelt Genosse Herze nunmehr in sechs Vorträgen, die wiederum in den Bezirken stattfinden, die Entwicklung in der Gesellschaft. Diese Kurse beginnen für

Zentrum und Südbezirk. Dienstag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Gartenaal des Volkshauses; Ostbezirk. Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr, in der Silberpappel, Voltmarsdorf, Kirchstraße;

Westbezirk. Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Festsaal, Plagwitz, Karl-Seine-Straße;

Nordbezirk. Freitag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Goienhöfchen, Entschlag.

Die Karten für diese Kurse zum Preise von 3 Mk. werden am Abend des Beginns in den Lokalen ausgegeben. Arbeitslose erhalten wie bisher gegen Vorzeigung ihrer Ausweise, auch der zur politischen Organisation, Freistarten. Es wird gebeten, überall auf diese Kurse hinzuweisen.

Der neue Kursus des Genossen Dr. Popitz über das Leben der Tiere beginnt Dienstag, den 30. November, abends 1/7 Uhr, im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts, Talstraße, und umfaßt ebenfalls sechs Abende.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Orgeisch u. Co. in Leipzig.

Mit dem Plakat der U. S. P. „Wer geht zum Bürgerkrieg“, sind die Treibereien der Orgeisch vor aller Öffentlichkeit entlarvt worden. Das Plakat hat die Folge gehabt, daß die Hintermänner der Orgeisch auf den Plan treten: Der Leipziger Bürgerausschuß übernimmt die Verteidigung der Orgeisch. In einem Inserat der Leipziger Neuesten Nachrichten nimmt der Bürgerausschuß Stellung zu dem von uns abgedruckten Schreiben der Münchener Orgeisch. Da dieses Schreiben nicht abgelehnt werden kann, obwohl es die Leipziger bürgerliche Presse wohlweislich unterschlagen hat, sucht man ihm eine harmlose Deutung zu geben. Der Bürgerausschuß sagt, das Schreiben ist „weiter nichts als ein geradezu schlechter Streich eines Münchener Studenten, der damit feststellen wollte, wie weit die Leichtsinnigkeit gewisser Blätter gehe“. Der Bürgerausschuß versichert, daß er mit der Orgeisch in keinerlei Beziehung stehe, was ebenso glaubwürdig ist, wie die Ausrufe von dem krassten Streich des Münchener Studenten. In seiner Uebertreibung der entartete Bürgerausschuß: „So stellt sich das Vorgehen des Herrn Lipinski dar als eine Feigheit, denn die Orgeisch vermag sich selber nicht zu wehren. Noch mehr: Als eine niederträchtige Gewissenlosigkeit gegenüber der gesamten Bevölkerung.“

Bon Feigheit zu reden, hätte der Bürgerausschuß am allerwenigsten Anlaß, denn es ist z. B. wahrhaftig nicht sehr mutig, anonyme Plakate anzuschlagen, wie es der Bürgerausschuß so oft getan hat. Das Loben des Bürgerausschusses beweist übrigens, daß das Vorgehen Lipinski mit Feigheit wahrhaftig nichts zu tun hat, denn der Bürgerausschuß geht ja nunmehr die zu allem fähigen Elemente der Orgeisch gegen den Genossen Lipinski. Der Bürgerausschuß nennt es eine „niederträchtige Gewissenlosigkeit“, wenn die meuchelmörderischen Vorbereitungen der Orgeisch durch ein Plakat an den Anschlagläufen bekannt werden: Der Bürgerausschuß kennzeichnet sich damit selbst!

Warum fällt sich der Bürgerausschuß verpflichtet, gegen das Plakat der U. S. P. vorzugehen und die Orgeisch in Schutz zu nehmen? Das Plakat der U. S. P. war eine Antwort auf folgendes Plakat, das einige Tage vorher an die Anschlagläufe angeklebt wurde:

Bürgerkrieg.

Kynow, der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates Sowjetrusslands, jagte auf dem dritten Kongreß des Volkswirtschaftsrates:

Die Folgen des Bürgerkrieges waren viel schwerer als die Folgen des imperialistischen Krieges. Der Bürgerkrieg bedeutet Vernichtung

Feuer  
Explosion  
Zerstörung!

Trotzdem verpflichtet die dritte Internationale die ihr angeschlossenen Parteien, auch die deutschen, zum Bürgerkrieg.

Däumig (Parteilager in Halle): „Wir haben uns bewußt auf den Bürgerkrieg einzuwirken und weil die dritte Internationale in ihren Leitlinien angeht hat, wie der Kampf geführt werden muß, deshalb wünschen wir den Anschluß an die dritte Internationale.“

(Freiheit Nr. 434.)

(Beifall.)

Wir aber wollen keinen Bürgerkrieg, keine Verschärfung des Elends und darum:

Nieder mit der dritten Internationale.

Dieses Plakat trägt keine Unterschrift, keine Druckfirma, keinen Verleger. Zweifellos steht der Bürgerausschuß diesem Plakat ebenso nahe, wie so vielen anderen von ihm anonym herausgegebenen Plakaten. Warum hat er nicht den Mut, seine Plakate zu unterschreiben?

Es lohnt sich, die Geschichte dieses Plakates weiter zu verfolgen. Das Plakat wurde, trotzdem es den geschlichen Anforderungen auf Angabe der Druckfirma und des Verlegers nicht entsprach, von der Polizei nicht beanstandet. Der Polizeimann, dem dieses Plakat zur Prüfung vorgelesen worden ist, hatte nichts dagegen einzuwenden. Darauf bekam die Polizei das Antwortplakat der U. S. P. vorgelegt, das folgenden Wortlaut hat:

Wer geht zum Bürgerkrieg?

Aus einem Schreiben der Orgeisch in München. (Abgedruckt in der Münchener Post.)

26. Warnkompanie, Maschinen-gewehr-Sturmtruppe.

Streng vertraulich.

Für 20. November benötige ich zum Reinigen und Stemeln der neu eingetroffenen Maschinengewehre aus Spandau 30 Mann. Jeder Herr ist für seine Maschinengewehre verantwortlich, da dieselben von Industriellen für uns gekauft wurden und nicht Staatsbesitz sind.

Die politische Bane drückt sich auf eine gewaltsame Entscheidung. Die Sozialisten sind ihres Anhangs nicht mehr gau-

sicher, weshalb wir um so früher die Entscheidung herbeiführen werden.

Nach Mitteilung des H. O. Bressan und des H. O. Groß-Berlin sind dort unsere Formationen im Blühen und werden im Verein mit den anderen 25 Warnkompanien und zwei Sturmtruppen die Sache ohne viel Blutvergießen auf unserer Seite durchbringen.

Mit dem Randrechtlichen Erziehen darf jetzt nicht mehr human verfahren werden.

Insbesondere müssen wir auf die Führer republikanischer und sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen unsere Späher wie aus das Wild hegen.

Bei einem Linksputsch sind die bekannten Gesechtshandlungen auf schnelle Art zu erledigen. Mit den Mehrheitssozialisten darf auch nicht mehr rücksichtslos umgegangen werden. Sie sollen gleichfalls so gut wie möglich erledigt werden. Beim Rechtsputsch sind

Sozialistenführer in der Wohnung zu erschlagen.

Die Erfahrungen aus dem Kapp-Putsch haben gezeigt, je strenger die ersten Kampfhandlungen durchgeführt werden, desto leichter ist der Sieg. Weigern sich Druckerarbeiter zu arbeiten, sind die nächsten fünf zu erschlagen.

Vorkünftig darf mit einer gegenrevolutionären Aktion nicht gerechnet werden, da die Räte noch nicht vollends geschoben ist.

Auf dem Plakat der U. S. P. waren Druckfirma und Verleger deutlich verzeichnet, so daß eine besondere Unterschrift unnötig erschien. Bei diesem Plakat schlug dem Polizeimann plötzlich das Gewissen. Er erlangte sich einer Ministerialverordnung, nach der Orgeschaufrufe verboten sind, und nun brachte er das Kunststückchen fertig, bei dem U. S. P.-Plakat den Eindruck zu gewinnen, daß es sich um einen Aufruf der Orgesch handle, trotzdem die Buchdruckerei U. S. P. als Druckfirma und Karl Schrörs als Verleger angegeben waren.

Es läßt sich natürlich nicht beweisen, daß der Polizeimann nicht nach pflichtgemäßem Ermessen gehandelt hätte. Das behaupten wir auch nicht; aber hinreichend verdächtig ist das Verhalten dieses Polizeiers doch. Der Polizeidirektor hat versichert, daß er nichts von der Sache wußte. Schön! Aber kommt ihm das Verhalten seines untergeordneten Organes nicht auch etwas verdächtig vor? Ist nicht der Verdacht gerechtfertigt, daß dieser Polizeimann ein Vertrauensmann des Bürgerausschusses und ein Gönner der Orgeisch ist. Ist etwa der Polizeimann ein Häuber Nr. 2. Der Polizeidirektor hat die Pflicht, eine strenge Untersuchung der Angelegenheit vorzunehmen, denn die Orgeisch ist in Sachen verboten. Wir hoffen, daß das Resultat dieser Untersuchung veröffentlicht wird. Sonst sieht sich der Polizeidirektor dem Vorwurf aus, daß in seinem Verwaltungsgebiet mit zweierlei Maß gemessen wird.

Eine Berichtigung des Oberstaatsanwalts.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Auf Grund von § 11 des Pressegesetzes werden Sie um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

In der 1. Beilage der Nummer 238 der Leipziger Volkszeitung vom 16. November 1920 befindet sich ein Aufsatz mit der Überschrift: Der Volkshausbrand — keine Brandstiftung. Auf Grund der Erörterungen, welche Polizeiamt, Militärgericht und Staatsanwaltschaft insbesondere unter Benützung des von der Volkszeitung angebotenen Materials angestellt haben, ist den tatsächlichen Behauptungen dieses Aufsatzes gegenüber festzustellen:

1. Es ist nicht wahr, daß am 10. März 1920 die Reichswehr einen „planmäßigen Vorstoß“ unternommen hat.

Wahr ist, daß an jenem Tage ein gemischtes Detachement Befehl hatte, durch die innere Stadt und das Konzerntviertel nach der Thomasstraße zu rücken, um Verbindung mit den dort liegenden, bedrängten Selbstwilligen herzustellen.

2. Es ist nicht wahr, daß „die Truppen ohne Widerstand zu finden bis in die Höhe des Volkshauses gerückt sind“.

Wahr ist folgendes: Die Spitze des Detachements erlitt auf dem Königsplatz durch bewaffnete Arbeiter einen heftigen Feuerüberfall aus Richtung Peterssteinweg und Müngasse. Sie ging aus eigener Entschlossenheit zum Gegenangriff über und kämpfte sich gegen Säben vor. Dabei wurde sie durch Artillerie und Minenwerfer unterstützt, die auch die verteidigten Barricaden an Müngasse, Albertstraße und Sidonienstraße niederlegten. Die Truppe hatte bei diesem Vordringen Verluste an Toten und Verwundeten.

3. Nicht wahr ist mithin, daß „das Volkshaus gar nicht verteidigt worden“ sei. Wahr ist vielmehr, daß obige Barricaden zum Schutze des Volkshauses bestimmt waren und bei dessen Verteidigung benützt wurden.

4. Nicht wahr ist, daß „kein Schuß aus dem Volkshaus abgegeben worden ist“. Wahr ist, daß Arbeiterhelfer die Truppen vom Dach des Volkshauses herab, aus den Obergeschossen und vom Eingang des Volkshauses her mit Gewehrfeuer besetzten.

5. Wahr ist allerdings, daß „kein bewaffneter Mann im Volkshaus angetroffen wurde“. Wahr ist aber auch, daß das Volkshaus vom 15. bis 19. März als Waffensammel- und Ausgabestelle benützt worden ist und daß am 19. März beim Heranzücken der Reichswehr aus dem Keller Gewehre an Arbeiter verteilt und durch den Garten besetzt geschafft worden sind. Wahr ist, daß einige Pistolen und Handgranaten noch aufgefunden wurden.

6. Nicht wahr ist, daß „das Volkshaus planmäßig angezündet worden ist“. Wahr ist, daß der Brand durch die Beschickung mit Schrapnell (Wurfgeschloß) sowie Spreng- und Raumdynamit entstanden ist. Eine dem Volkshaus gegenüber wohnende, von der Volkszeitung benannte Zeugin hat bekundet, daß der Brand bereits vor Abbruch der Beschickung im Entstehen war, mithin vor dem Einbringen der Truppen in das Gebäude.

7. Nicht wahr ist, daß unter den Trümmern „eine Brandröhre gefunden worden ist, wie sie vom Militär gebraucht werde“. Der fragliche Gegenstand ist eine Minenhülse, die von Gewährleuten der Volkszeitung vier Tage nach dem Brande auf der Zeiger Straße neben dem Geissen der Straßenbahn gefunden wurde. Die Minenwerfabteilung hat beim Angriff solche Hülsen nach dem Schuß auf der Straße liegen lassen.

8. Nicht wahr ist zuletzt, daß „der Staatsanwalt wohl eine Brandstiftung festgestellt habe, aber nur die Schuldigen nicht habe finden können“.

Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die für die Beschickung und Zerstörung des Volkshauses verantwortlichen Offiziere eingeleitet, weil nach alledem deren Vorgehen gegen die Verteidiger des Volkshauses als berechtigt anzuerkennen war. Der Oberstaatsanwalt: Schlegel.

Zu dieser Berichtigung haben wir folgendes zu bemerken:

Zu 1: Die Darstellung des Oberstaatsanwalts entspricht der Darstellung des Generals Senft v. Pilsach. Tatsächlich rückte das Militär durch die Zeiger Straße und durch die Dufourstraße vor; ist das planmäßig?

Zu 2 und 3: Die Barricade an der Sidonienstraße, also in der Nähe des Volkshauses, bestand aus zwei quergestellten Wagen, die wohl ein Verkehrsbehindernis, aber nur in den Augen des Militärs eine Barricade waren. Zu erfahren, daß diese beiden Wagen zur Verteidigung des Volkshauses dienen sollten, wird den Zeitgenossen recht interessant sein: wer laßt da nicht?

Zu 4: Es ist zum ersten Male, daß die Behauptung aufgestellt wird, die Truppen seien von Arbeiterhelfern vom Dach des Volkshauses, aus den Obergeschossen und vom Eingang des Volkshauses

her mit Gewehrfeuer belegt worden. Das haben wohl nur die Militärs gesehen?

Zu 5: Wahr ist nur, daß in den Tagen der Märzämpfe im Volkshaus wie in vielen andern Häusern bewaffnete Arbeiter verkehrten.

Zu 6: Den Aussagen der einen Zeugin stehen die Aussagen sehr vieler anderer Zeugen gegenüber.

Zu 7: Die Röhre stammte aus dem Schutt des Volkshauses. Zu 8: Das Volkshaus ist nicht verteidigt worden.

Bemerkenswert ist noch, daß von den Leipziger Arbeiterzeitungen allein die Leipziger Volkszeitung zu der Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft Stellung genommen hat.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß auch der Oberst v. Schönfels in derselben Sache zwei gleichlautende Berichtigungen geschickt hat, die fast noch schöner sind als die Berichtigung des Oberstaatsanwalts. Da die Berichtigung des Obersten zu spät einging, konnte sie heute nicht mehr gebracht werden. Aber morgen!

Hölz in Leipzig? Unter dieser Überschrift veröffentlicht das Velborgan des Leipziger Speichers, die Leipziger Neuesten Nachrichten, einen gesperrt gedruckten Aufsatz, in dem sich eine kolossale „Courage“ widerspiegelt. Unverantwortlich ist diese Meldung, denn damit haben die Nachrichten einem Teil ihrer Abonnenten verschiedene schätzbare Nächte verschafft.

Hölz ist in Hof gesehen worden (aus „zuverlässiger Quelle“ wird ihnen das mitgeteilt), dann soll er mit dem nächsten Zuge nach Leipzig gefahren sein. Hier ist er auch verschiedentlich gesehen worden, zuverlässig. Irrtum ausgeschlossen, denn der Gewährsmann hat schon einmal ein Bild von Hölz in einer Zeitschrift gesehen! Die Nachrichten bemerken noch, daß Hölz Beziehungen zu den extremen radikalen Kreisen Leipzigs habe und daß er für jene Kreise nicht überraschend käme. Das erhöht den Reiz, läßt alle Vermutungen zu und gibt dem Bürgerausschuß wieder Gelegenheit, sich in bewährter Weise zu betätigen.

Die Schornsteinen am Peterssteinweg scheinen ein böses Gewissen zu haben, denn am Sonnabend konnte man beobachten, daß beide Löcher (das vordere mit Panzerplatten) fest verschlossen gehalten wurden. Wenn ein Auto oder Passant kamen, wurde auf- und sofort wieder zugeschlossen. Wahrheitslieblich haben sich dann die beiden Größen (der große Dr. Staustoff und der kleine Dr. Günther) gegen alle Eventualitäten geschützt, indem sie sorgfältig den Schlüssel zum Ausgang in der Emilienstraße in der Tasche bewahrt, den ihnen schon verschiedene Male aus der Tasche gekostet hat.

Eine Sitzung der Stadterordneten findet am Mittwoch, dem 24. November, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird vor allem über den Haushaltsplan beraten und zwar stehen nachstehende Konten auf der Tagesordnung: Konto 13 Stadtbibliothek, Konto 18 Museen, Konto 10 Wohlfahrtspolizei, Konto 17 Siedlungsamt, Konto 31 Gebäude, Konto 10 Straßenbahnamt, Konto 10 Öffentliche Beleuchtung, Konto 30 Markthalle, Konto 44 Vieh- und Schlachthof.

Zentralverband proletarischer Freidenker, Leipzig-Ost. Mittwoch, den 24. November, findet im Restaurant bei Ritter, Leipziger-Rendnick, Heinrichstraße 28, erweiterte Vorstand- und Agitationskomiteesitzung abends 7 Uhr statt. Alle Funktionäre zur Stelle. Ferner machen wir hierdurch bekannt, daß unser ethischer Unterricht nicht mehr Mittwochs im Restaurant zur Silberpappel stattfindet, sondern von jetzt an Sonnabends, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, in der 18. Volksschule, L-Sellerhäuten, Brandlitzer Straße, und zwar für die Ortsstelle Anger-Grötendorf, Reuschhof, Reustadt, Rendnick, Paunsdorf, Stütz, Schönefeld, Sellerhäuten, Stötterli, Thonberg, Engelsdorf und Voltmarsdorf. Eltern, Schlichte eure Kinder, welche in der Schule den Religionsunterricht nicht mehr mitmachen, zu uns. Anmeldungen werden am Unterichtsamt entgegen genommen. Bitte auszuweichen und weitergeben.

Einen Reingewinn von 113 593,89 Mk. hat die Leipzig-Kunsthalbesaal Aktiengesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 1919/20 erzielt. Die Umsätze der Aktie florieren, die Kunstinstitute machen Weile. Ein Zeichen der Zeit.

Vortrag über Kinder- und Mütterpeinungen. Am Mittwoch, den 24. November, nachmittags 6 Uhr, wird in der Hilen Handelsbörse (Kassamarkt) ein öffentlicher Vortrag stattfinden, in dem zwei Quälerinnen über das Liebeswerk der Quäler, über die Kinder- und Mütterpeinungen, sprechen werden. Die Leipziger Einwohner und die städtischen Behörden sehen dem Vortrage mit größtem Interesse entgegen. Freier Eintritt. Jedermann ist eingeladen zu kommen.

Polizeinrichten.

Der Täter des großen Leipziger Bankbetrugs um 710000 Mark der Person nach ermittelt.

In dem Fälliger der Kreditlinie und Sachs ist inzwischen der frühere Bankbeamte Arthur Thura, geboren am 28. April 1892 zu Ansternburg, festgesetzt worden. Thura, der nicht ert und über dessen jetzigen Aufenthalt Bestimmtes bisher nicht ermittelt werden konnte, hatte sich zum Abholen des Geldes in Leipzig des bereits früher näher beschriebenen angeblichen Paul Schmidt bedient, ebenso in Berlin und Potsdam, wo der Verlust aber mißlang. Wer dieser Mittäter und wie er mit Thura in Verbindung gekommen ist, war bisher noch nicht festzustellen.

Thura, der bereits früher Betrügerien in größerem Umfang begangen hatte, hatte es, wie schon berichtet wurde, unter Benützung selbst gefälschter Zeugnisse verstanden, sich in einer Gelsenstädter Bank eine Stelle zu verschaffen und dort seinen auf durchgedachten Plan zur Ausführung zu bringen. Thura, der sich Erich Schwarz nannte, ist, wie schon einmal bekannt gegeben, ca. 1,68 m groß, hat schwarzes wulstiges Haar, bartlos, vorstehendes Unterlinsen, trägt künstlichen Nasen mit ausgetriebenen Taschen, grauen Hut, Sportkragen. Besondere Kennzeichen: Starke vorläufige.

Die Ehefrau Thura befindet sich in Gleiwitz in Unterhungschaft, nachdem festgestellt worden ist, daß sie während des Aufenthaltes ihres Ehemannes in Gelsenstädten unter dem Namen Schwarz mit diesem in Verbindung stand und unter einer bestimmten Deckadresse in Gleiwitz Briefe von ihrem Ehemann erhielt.

Sachdienliche Mitteilungen werden weiterhin an die Kriminalpolizei in Leipzig zu Nr. 3, VI 3280/20 erbeten.

Bermitt! Die Kontoristin Dora Triba Meiner, geb. am 27. September 1902 in L-Anger-Grötendorf, ist seit dem 15. v. Mis. aus ihrer Wohnung, Otto-Schill-Str. 12, 11, verschwunden. Die Bermittete ist 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes, volles, festes Haar, große graue Augen, sehr starke Augenbrauen, rundes, volles Gesicht, blasser Gesichtsfarbe und volle Gestalt. Bekleidet war sie mit grauem, großformatigem Wintermantel, beige-farbigem Hut mit blauer Einfassung, blauem Rock, roter Schokbluse, schwarzen Strümpfen und Hochschuhen, sowie C. L. oder D. M. gezeichnete Schuhe. Man übergebe die Bermittete beim Betreffen einem Aufsichtsbeamten. Auf ihre Ermittlung haben die Angehörigen 100 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine. Arbeiter-Athletenbund, Bezirk Leipzig. Im Städte-Ringskampfe siegte Berlin mit 8 1/2 Punkten über Leipzig mit 7 1/2 Punkten.

# Aus der Umgebung.

**von Gauß.** Die Angelegenheit Mar-der scheint den Gemeinderat noch öfter zu beschäftigen. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat.

Die Angelegenheit Mar-der scheint den Gemeinderat noch öfter zu beschäftigen. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat.

Die Angelegenheit Mar-der scheint den Gemeinderat noch öfter zu beschäftigen. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat. In unserem Ortsblättern haben wir schon öfters berichtet, wie sich die Angelegenheit Mar-der entwickelt hat.

gebracht hat. Gegenüber den Gerichten, die den Lebensmittelverkäufer einer Unterdrückung beschuldigen, erklärt der Verkäufer, daß von einer solchen keine Rede sein kann. Seine ganze Tätigkeit als Gemeindevorsteher jedoch und Verwaltung öffentlicher Mittel mußte ihm Gelegenheit geben, sich des in ihn gesetzten Vertrauens wert zu zeigen, nicht aber seine Befugnisse fortgesetzt zu überschreiten und damit die Gemeindevverwaltung in der höchsten Achtung herabzusetzen.

Da Mar-der in seiner Weise Veranlassung genommen hat, ein Anwandfreie Abrechnung vorzulegen und eine bestimmte Erklärung über seine mangelhafte Geschäftsführung nicht zu erlangen war, mußte sich der Ernährungs-ausschuß auf den Beschluß der Gemeindevorstellung vom 29. Oktober stellen und die Entlassung Mar-ders aus dem Gemeindevorstand anfordern. Bei der eingelegten Auffassung des von den Vätern eines Gemeindevorstandes ist keine Gewähr vorhanden, daß bei einer anderweitigen Verwendung nicht auch wieder Differenzen entstehen, die den Interessen der Gemeinde zuwiderlaufen.

**Markranstädt.** Für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene, die einer Vereinstätigkeit nicht angehören können Schürtschuhe, Infanterie- und Kavallerie- und Artillerie-Uniformen besorgen werden. Sie werden erst für ihren Bedarf bis zum 10. Dezember 1920 im Ortsamt für Kriegsvorsorge Markranstädt, Alte Schul-, Zimmer 1, zu machen.

**Ellenburg.** Bildungsbekreibungen. Die Vereinstätigkeiten des Bildungsausschusses erstrecken sich, soweit es sich um die beiden Vortragskurse handelt, einer außerordentlich starken Beteiligung. Der Vortrag des Genossen Paul Bloitz weiß etwa 150 Teilnehmer auf, und findet für je 75 Hörer in zwei Parallellkursen statt. Auch für den Vortrag des Professor Hermann müssen wegen der hohen Teilnehmerzahl Parallellkurse stattfinden.

**Ellenburg.** Elternbeiträge und Kinderveranlassungen. In einer gemeinsamen Sitzung des Elternbeirates und der Lehrer sämtlicher hiesigen Schulen wurde nach einer Vorrede des Lehrers Hagen beschlossen, gute Unterrichts- und Anwesenheitsleistungen für die Schulkinder zu treffen. Es finden Vorträge am 8. und 10. Dezember, nachmittags, im Schulhaus statt. Der Eintrittspreis beträgt pro Kind 30 Pf. Kinder von Arbeitlosen, Kriegsveteranen usw. bezahllen keinen Eintritt. Ebenso wird bei kinderreichen Familien jedes dritte und folgende Kind vom Bezahllen des Eintritts freigesprochen. Da für jede Vorführung nur 500 Kinder Zutritt haben, ist es auch den Eltern vor allem den Müttern, möglich diese Veranstaltungen mit zu besuchen. Von diesem werden 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben. Der Elternbeitrag soll damit neben der Kreuze an den Vortragsstunden auch gute Darstellungen, auch den Eltern für das Schöne und Nützliche werden und damit von den hiesigen Lehrern und Schülern Anerkennung erfahren. Die Lehrer haben herzlichst ihre Hilfe zugesagt. Öffentlich werden auch die Eltern diese gute Sache unterstützen. Für Januar und spätere Monate werden die Tage noch bestimmt.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Ein „Sten“ der Schulreaktion.

**(Das Reichsgericht und der Religionsunterricht in Sachsen.)**  
Die von dem sächsischen demokratischen Kulturminister Dr. Seußler im Verein mit der Reaktion im Reich angeführte Entscheidung des Reichsgerichts über die im sächsischen Lehrerbienstandesgesetz enthaltenen Bestimmungen über den Religionsunterricht ist endlich erfolgt. Das Reichsgericht hat es tatsächlich fertig bekommen zu erklären, daß die Bestimmung des sächsischen Lehrerbienstandesgesetzes vom 22. Juni 1920, wonach vom 1. April 1920 ab in den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch stehe. Das Reichsgericht stützt diese Entscheidung auf die Bestimmung des Artikels 149 der Reichsverfassung, nach der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekennungslosen Schulen ist. Volksschulen seien nach Artikel 149, 2. Nr. 1 in den dort behandelten Ausnahmefällen als bekennungslose Schulen anzusehen. In ihnen muß daher grundsätzlich Religionsunterricht erteilt werden. Die Bestimmung des Artikels 174, daß es bis zum Erlaß des in Artikel 149 Absatz 2 vorgesehenen Gesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleiben soll, beziehe sich nach Vortrags, Zusammenhang und Entstehungsgeschichte nur auf Artikel 149, 2. Ordnung also das einstweilige Fortbestehen an den sächsischen bekennungslosen Volksschulen an, die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften neben der für die Volksschulen vorgeschriebenen Regel der Gemeindefachschule mit Religionsunterricht in einzelnen Gemeinden als besondere Ausnahmeform beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden hätten. Wo der Religionsunterricht aus den Volksschulen grundsätzlich entfernt sei, handle es sich nicht um eine unter Artikel 174 fallende Rechtslage. Im übrigen sei am Tage des Inkrafttretens der Reichsverfassung die in Sachsen bestehende Rechtslage die gewesen, daß Religionsunterricht in den Volksschulen erteilt werden mußte. Da Artikel 174 die Fortdauer der bestehenden Rechtslage vorschreibt, sei damit die Bestimmung des sächsischen Lehrerbienstandesgesetzes nach der Zeit vom 1. April 1920 an eine Abänderung dieser Rechtslage habe eintreten sollen, außer Kraft getreten worden. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichtes in allen staatlichen Schulen von Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, so steht durch die mit Gesetzeskraft ausgeleitete Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die Abänderung der Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung

fassung ihre Wirksamkeit verloren haben und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung einzuführen oder aufrecht erhalten werden muß.  
Somit ist die Gültigkeit des sächsischen Gesetzes handelt, hat sich das Reichsgericht die Entscheidung außerordentlich leicht gemacht. Es hat sich die von der Schulkommunikation diktiert und künstlich zurechtgebildete Auffassung des Unterrichtsministeriums zu eigen gemacht, ohne die Gründe der Volkstammermehrheit näher zu würdigen. Bei der Tendenz der deutschen Justiz ist diese Stellung weiter nicht verwunderlich.  
An den Eltern wird es nun liegen, die durch diese Entscheidung gestärkten Hoffnungen der Schulkommunikation, die den Religionsunterricht in der Schule weiter zur Befestigung der Klassenherrschaft mißbrauchen wollen zu zunichte zu machen.

### Einberufung des Landtags.

Das Gesamtministerium hat auf Grund von Artikel 8 der neuen Verfassung beschlossen, den Landtag für Dienstag, den 7. Dezember, einzuberufen.

### Die Weihnachtsferien in Sachsen

Sollen, wie wir hören, gleichmäßig für alle Schulen, also die höheren und die Volksschulen, vom 23. Dezember bis 7. Januar stattfinden.

### Das „Jünglein an der Waage“.

Die sächsische Volkszeitung, das Organ der sächsischen Zentrumspartei, ist durch die Wahl seines Zentrumsmanns in den Landtag ganz aus der Form gekommen und schreibt in einem Anfall von Großmännlichkeit:  
„Die Herren werden ja nunmehr die Ehre haben, unsern Abgeordneten in der Kammer begrüßen zu dürfen und er wird sich, nach seinem — nicht-parlamentarischen — Vorleben zu schließen, wohl kaum ein Blatt vor den Mund nehmen. Seine Stimme wird auch um so gewichtiger sein, als er wohl sehr oft das — Jünglein an der Waage bilden kann, mag auch eine Regierungskoalition antreten wie immer. Nach den bisherigen Wahlergebnissen haben 47 Abgeordnete 49 Stimmen gegenüber. Wenn unser Abgeordneter bei seiner wichtigen Abstimmung fehlt, bei den anderen Parteien aber doch der eine oder andere durch Abwesenheit glänzt, so ist es wohl manchmal seine Stimme, die den Ausschlag gibt und auf den aller Augen ruht. Mit der sozialistischen Kampfbühne muß es auf jeden Fall ein Ende haben, ebenso wie mit den übrigen sozialistischen Experimenten, die ständige Unruhe in unser Volk und Wirtschaftsleben bringen. Solchem Tun und Betragen wird Herr Abgeordneter Schein ernstlich auf den Leib zu rücken haben — und hoffentlich dabei die Unterstützung aller sächsischen Abgeordneten und „Ordnungs“- wie „Wiederaufbau“- und sonstigen „Volks“-Parteien finden. Wir sind jetzt im Landtag vertreten, wir bilden in der „Einheit“ eine nicht geringe schützende Macht, wir haben einen Wachposten, der mit der nötigen Couragie die den geschlossenen Ringen unangenehmen Dinge aufzubrechen kann.“  
Bei der engen Kampfgemeinschaft der Pfaffen beider Konfessionen gegen alle Kulturforderungen, die gerade in Sachsen eine überwiegende Rolle spielen, war es von vornherein ganz selbstverständlich, daß der Zentrumsmann im Landtag sich zu dem härtesten rechten Mittel gelehrt. Es war also ganz selbstverständlich, das besonders festzustellen. Um so lächerlicher wirkt aber deshalb die selbstgefällige Phrasen von dem „Jünglein an der Waage“.

**Glauchau.** Der Gaspreis wurde pro Kubikmeter auf 1,50 Mk. und die Stromabnahme um 350 Prozent erhöht. Im den Endschloß vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten, wurden die Schlauchleitungen um das Vierfache erhöht und ferner beschloffen, auf eingeführtes Fleisch, Smet usw. (außer Fett) eine Verteilungsgeld von 15 Pf. pro Pfund zu erheben. Dennoch wird der Schlauchhof einen Zufluß von etwa 100 000 Mk. erfordern. — Ebenso sah sich das Kollegium genötigt, einer recht erheblichen Erhöhung der Schulgebühren für die Arbeiterkinder vorzulegen, die die Klassen der Königl. Friedrich-Rugby-Gewerkschaft zuzuschreiben, da diese Lehranstalt im laufenden Jahre einen Zufluß von nicht weniger als 333 000 Mk. erfordert.

**Plauen i. V.** Eine abermalige Erhöhung der Fahrpreise der Plauerer elektrischen Straßenbahn ist am 16. November in Kraft getreten. Der Preis für eine Fahrt mit der Personenzug einmaligen Umfahrs ist von 60 auf 70 Pf. heraufgesetzt.

**Wauen.** Die bisher ausgeschriebenen Kantonsarbeiten haben der Stadt Wauen eine Belastung von 5 1/2 Millionen Mark gebracht. Nichts desto weniger sollen durch Durchführung der Eisenbahnarbeiten im Stadteil Criegelsdorf neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden. Für die Vorarbeiten bewilligten die Stadtverordneten 300 000 Mark.

**Wauen.** Ein Raubmord wurde in Buchwalde bei Wittichenau an dem Bauer Johann Komotnik verübt. Sein Haus lag in Flammen auf, man fand seine Leiche mit schweren Verletzungen am Rande unter den Trümmern. Komotnik hatte seinen Besitz verkauft und das Geld bei sich im Hause aufbewahrt, was die Täter gemerkt haben mußten. Bei seiner Tochter in Grotzschau haben die Einbrecher vor einigen Wochen 400 000 Mark geraubt. Vermutlich sind sie nach in das Gebiet eingedrungen, haben Komotnik nach kurzem Kampfe erlitten, das Geld erraubt und, um die Tat zu verdecken, das Anwesen in Mitleid gelegt. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange, von den Tätern fehlt noch jede Spur.

**Döbeln.** Am Sonnabend früh gegen 6 Uhr brach im Dachgeschoss des Bräuerrestaurants Gambrius am Nordermarkt Feuer aus. Das Haus wurde durch den Brand und durch Einstürzen des gefährdenden Gebäudes zerstört. Bei den Lösarbeiten wurden vier Feuerwehrleute durch den Einsturz einer Lehmdecke

Auffassung liegen die Schaulustige des Publikums voll und herzlich erschienen. — Der Ueberabend von Tilla Schmidt-Flegler war auf einen möglichst naturn und volkstümlichen Ton eingestellt. Es ist einmal eine Freude, zwischen dem reinen und raffinierten Virtuosen, das im allgemeinen die Künstler unserer Zeit charakterisiert, eine einfache und einfache Ueberkunft, zwischen dem üblichen Hof- und Hofstrauch einat Redhardt und Peter Cornelius zu hören. Die Sängerin trat den idyllischen Charakter dieser kleinen Lieber auszeichnet, wenn man auch mitunter über ihre geringen stimmlichen Mittel, die durch Indisposition noch verstärkt wurde, ein wenig klagt. Aber sie sollte sich vor allem in Zukunft von Sentimentalitäten wie den Uebern von Mussolini fernhalten!

**Sächsische Theater.** Die Ueberführung von Carl Hauptmanns „Musik“, die Dienstag, den 10. November, im Alten Theater stattfinden, geht als dritte Schiller-Vorstellung dieser Spielzeit in Szene. Die Aufführung ist öffentlich. Der Mitarbeiter des Schillervereins stellen die Eintrittskarten mit dem Ausdruck 3a. Die nächsten Aufführungen von „Musik“, in denen wiederum die Karten des Schillervereins Gültigkeit haben, sind Donnerstag, den 2. Dezember (3b), Freitag, den 3. Dezember (3c), Montag, den 6. Dezember (3d), Montag, den 13. Dezember (3e).

**Schauplätze.** Leonid Andrajews Drama „Fakultät“ in der Titelform zur Erstaufführung kommt, ist in den übrigen Hauptrollen besetzt mit: Paul Woberow, Hanns Steiner, Otto Stöckel, Bernhard Wildenbain, Carl Kehler, Stella David und Cläre Harten. Regie: Fritz Viehweg.

**Kinderspiele und Kantate.** Die Proben zu der vom Leipziger Verein der Kinderfreunde (Kinderschau) e. V. geplanten Vorstellung sind im Gange. Die Vorstellung findet am Sonntag, dem 28. November, vormittags 11 Uhr, im Leipziger Schauspielhaus statt.

**Konerte.** Kammerlänger Heinrich Knote wird seinen Ueberabend, der neulich wegen Heiterkeit des Künstlers ausfallen mußte, am 7. Dezember nachholen. Die am 19. November lautenden Karten behalten Gültigkeit.

**Jimmie Higgins**  
Von Anton Smetak.  
Sechstes Kapitel.  
Jimmie Higgins kommt ins Gefängnis.

1.

Abends hielt die Partei unter freiem Himmel eine Versammlung ab. Jimmie Higgins, der sich als Gefährte gemeldet hatte, schlang eifrig sein Abendessen hinunter und eilte von Hause fort. Er gehörte nicht zu den Rednern. Der Gedanke, eine Rede halten zu müssen, hätte ihn tödlich erschreckt. Doch war er einer von denen, deren Arbeit die Versammlung ermöglichte und die für die andere die Ernte einbrachten.

Der Apparat der Versammlung wurde bei einem bescheidenen Tischler aufbewahrt. Dieser hatte eine wunderbare „Tabelle“ verfertigt, eine auf vier Füßen ruhende Plattform, die zerlegt werden konnte, so daß ein Mann das Ganze zu tragen vermochte. Derart stand der Redner über den Hauptern der Menge und hatte sogar eine Ballustrade, an die er sich lehnen und auf die er (aber äußerst vorsichtig) losklagen konnte. Eine Petroleumlampe bestand sich über seinem Kopf und beleuchtete seine Züge. Jimmie war damit beschäftigt worden, die Laterne zu putzen zu helfen und auf einer Stange aufrecht zu halten. War er nicht damit beschäftigt, so verlor er „Nervosität“ unter der Lampe. Der Redner „Arbeiter“ und vom Nationalbureau bezogene Flugblätter zu 10 und 15 Cents das Stück.

Nachts kam Jimmie todmüde heim, schlief sofort an einem Stuhl ein und wurde von ihr mit Mühe wachgerüttelt, wenn am Morgen der Wecker aufschlug. Dann brachte sie ihm eine Tasse heißen Kaffee, und nachdem er ihn getrunken hatte, war er wieder er selbst und erzählte von den Vorfällen des vorhergehenden Abends. Jedem etwas ereignete sich immer, ein Bekannter machte sich unklug bemerkbar oder etliche Süßlinge des alten Granich versuchten die Versammlung zu sprengen.

Eigentlich ist ihr Möglichstes, jene Teilnahme für die Tätigkeit ihres Mannes zu bewirken, die man von einer Pflichterfüllung erwarten darf. Doch lastete schwerer Kummer auf ihrer Seele — das ewige Geld des weiblichen Temperaments, das vorsichtig und konsequent ist im Maaß mit dem schmerzhaften zerstörungstoben männlichen Temperament. Da ist nun dieser

Jimmie, der doppelt soviel verdient, wie sie nun, und Gerechtigkeit hat, seine Kinder ordentlich zu ernähren und zum Gelingen in seinem dürftigen Leben etwas zurückzulassen. Anstatt jedoch diese Gelegenheiten zu ergreifen, verbringt er seine Abende auf der Straße, tut alles, um sich die goldene Chance zu verschauen, die ihm das Schicksal beschert hat. Er plant dem Verrichten, der auf einen Baum klettert, um einen Ast abzuhauen, sich aber auf den Ast setzt und zwischen sich und dem Baum fällt!

Wiewohl verstand die arme Frau ihre Sorgen nicht zu verbergen. Dann hielt Jimmie in seinem Vorwärtshasten inne und versuchte ihr seinen schwebenden Wahnsinn zu erklären. War es denn nicht für einen Mann, nur an seine Frau und seine Kinder zu denken und alle anderen Frauen und Kinder der Weltklasse zu vergessen? Dies war ja der Grund, weshalb die Arbeiter jahrhundertlang Sklaven gewesen waren, weil jeder nur an sich selbst und nicht auch an die andere gedacht hatte. Nein, man muß an seine Klasse denken! Muß als Klasse handeln, jede Gelegenheit benützen, um Solidarität und Klassenbewußtsein zu lernen. Jimmie verwendete gern große Worte, die er auf den Versammlungen gehört hatte; sah er jedoch, daß diese nicht verstanden, so wiederholte er alles mit einfachen Ausdrücken. Der alte Granich lächelte in einer Nische, man müsse ihm ein Beispiel erteilen und zur gleichen Zeit den Arbeitern ihre eigene Macht lehren. Diese feuchte und schlichte den Kopf. Für sie war der alte Granich kein menschliches Wesen, sondern ein Naturphänomen, wie der Winter oder der Sommer. Er und seinesgleichen waren seit unvorstellbaren Generationen die Herren ihrer Mienen gewesen und der Versuch, seine Macht zu brechen oder auch nur zu beschränken, kam ihr wie der Versuch vor, der Hut oder der Sonne zu gebieten.

(Fortsetzung folgt.)

### Kleine Chronik.

**Ueberabend.** Paul Bender gestaltete seinen Ueberabend in einem wahren Fest. Sein wunderbarer rücker Bariton mit seiner Fülle von Möglichkeiten der Abstrahlung, besser gesagt, reits schön und edel bleibt, im Piano wie im Forte, in der Höhe wie in der Tiefe, im Verein mit seiner erschöpfenden musikalischen

des zweiten Geschosses teilweise verschüttet. Der 49 Jahre alte Tapeziermeister Paul Mische wurde von den Schuttmassen getötet, die anderen blieben unverletzt. Die Entschuldigungsfrage des Feuers ist unbekannt.

**Kochlin.** Die Stadtverordneten lehten in ihrer letzten Sitzung den Ratbeschluß, eine Gewerbesteuer in Kochlin einzuführen, und zwar rückwirkend vom 1. April d. J. an, mit 13 gegen 1 Stimme ab. Die Steuer sollte beginnen mit 8000 Mark Reineinnahme mit 2 Prozent Steuer. Der Höchstbetrag der Steuer sollte über 50000 Mark 10 Prozent betragen. Weiter wurde die Beschlusseingabe für die städtischen Beamten, wie sie der Rat beschlossen hatte, mit 8 bürgerlichen gegen 6 Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Buchbinderverband gegen die Gewerkschafts-Zerstückelung.

Auch im Buchbinderverband machen sich Zerstückelungsbestrebungen nach den Moskauer Thesen der 3. Internationale bemerkbar, denen die obersten Instanzen des Verbandes sehr entschieden entgegengetreten sind. Besonders stark treten die Spaltungstendenzen in der Zahlstelle Berlin auf, wo der kommunistisch orientierte Vorsitzende Kaspar bereits vor einigen Wochen einen Aufruf in der roten Fahne erließ, um nach kommunistischem Diktat innerhalb seiner Gewerkschaft die „kommunistischen Zellen“ zu organisieren. Der vom 11.—13. November in Berlin tagende Beirat des Verbandes hat in Verbindung mit dem Verbandsvorstand und Verbandsauschuß zu diesen zerstückelnden Tendenzen Stellung genommen und nach sehr eingehender Debatte mit 19 gegen 14 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

„Beirat, Verbandsvorstand, Vertreter des Ausschusses und Redaktion des Verbandsorgans des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter setzen in den von Moskau aufgestellten Thesen, nach denen die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet sind, die Maßnahmen für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit nicht von den Zentralen der Gewerkschaften entgegenzunehmen, sondern an das Diktat von Moskau gebunden sein sollen, und in den von Lenin empfohlenen Grundsätzen, mit Vlit, Schlaubelt, illegalen Methoden, Verschweigen, Verheimlichung der Wahrheit usw. zu arbeiten, eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz, die sie mit aller Entschiedenheit ablehnen und die zu bekämpfen für jeden Gewerkschaftler Pflicht ist, der auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaften steht.“

Die oben genannten Körperschaften erklären nach eingehender Aussprache über die auch in den deutschen Gewerkschaften und in unserem Verband sich bemerkbar machenden zerstückelnden Bestrebungen, daß die Leitung des Verbandes gegen diese Tendenzen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen hat. Es kann nicht ruhig zugeesehen werden, daß einzelne Mitglieder sowohl als auch Gruppen von Mitgliedern in unserem Verband Bestrebungen propagieren, die nicht nur eine Schwächung des Verbandes und eine Schwächung seiner Position gegenüber seinen natürlichen Gegnern, den Unternehmern, darstellen, sondern die in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerstückelung unseres Verbandes hinauslaufen.

Die oben genannten Körperschaften warnen darum im Interesse der Schlußkraft unseres Verbandes vor der Propaganda dieser Bestrebungen und rufen die erste Mahnung an alle Verbandsmitglieder, sich nicht in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit betreten zu lassen, sondern alle Versuche, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, auf das Schärfste zurückzuweisen.“

Namens der gegen die Resolution Stimmenden erklärt Max Herz, Leipzig, daß auch sie sich durchaus auf den

Boden der einheitlichen Gewerkschaften stellen und die Zerstückelungsbestrebungen ebenfalls auf das Schärfste bekämpfen wollen, doch habe ihnen nur die Form der Resolution nicht gefallen und seien sie daher für ihre Fassung gewesen. Diese lautet wie folgt:

„Die am 13. November tagenden Körperschaften des Buchbinderverbandes, Beirat, Aufruf und Verbandsvorstand, verurteilen aufs Schärfste alle Bestrebungen, die auf eine Zerstückelung der Gewerkschaften gerichtet sind. Ebenso alle sozialistischen Tendenzen. Sie werden solche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, um die letzte Kampforganisation der Arbeiterschaft geschiessen zu erhalten.“

Danach kann mit vollem Recht gesagt werden, daß die verantwortlichen Körperschaften des Buchbinderverbandes die Spaltungstendenzen der Alt- und Neu-Kommunisten geschiessen verurteilen.

### Hausmeister und Hausbesitzer.

Eine Versammlung der Hausmeister im Pantheon nahm nachstehende Resolution an:

„Die am 13. November im Pantheon tagende Versammlung der Hausmeister und Hausmeisterinnen nimmt mit Empörung Kenntnis von dem unwürdigen Verhalten, das der Verband Leipziger Hausbesitzer betrefis der Frage der tariflichen Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen uns entgegenbringt. Seit einem vollen Jahr bemüht sich der Verband Leipziger Hausmeister und Hausmeisterinnen, sowie die in Frage kommenden behördlichen Instanzen um eine Zusammenkunft mit dem Verband der Leipziger Hausbesitzervereine. Immer scheiterten alle Bemühungen an dem Starrsinn des letztgenannten Verbandes. Da die Leipziger Hausmeister nicht gewillt sind, sich weiterhin diese unwürdige Behandlung gefallen zu lassen, werden sie bei gegebener Zeit alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.“

**Wahlung, Steinarbeiter!** Im Interesse des Bestreitens für Kurzen-Grimma-Beutha (Wälfen und Schöter) erhöhen sich die Stundenlöhne von der seit 12. November laufenden Lohnwoche an für alle Gruppen um 20—40 Pfa. und zwar so, daß Vollarbeiter 40 Pfa. zu bekommen haben. Für die Arbeiter wird die Lohnzusatzgabe vom selben Zeitpunkt ab auf 140 Pfa. erhöht. Zentralverband der Steinarbeiter, Gauleitung Leipzig.

### Wieder eine Unternehmerrücktritte.

Magdeburg, 21. November. (R. T. B.) Heute ist von tausend Vertretern der Deutschen Angestelltenverbände der Gewerkschaftsbund der Angestellten, parteipolitisch und religiös neutraler Einheitsverband der männlichen und weiblichen Angestellten des Handels, der Technik, des Verbaues und der Betriebsbetriebe, mit 350 000 Mitgliedern gegründet worden.

Parteilosigkeit und gewerkschaftlich „neutral“ bedeutet Hand-in-Hand-Gehen mit dem Unternehmertum, bedeutet vor allen Dingen, den Arbeitern und Angestellten in ihren Kämpfen um die Sozialisierung der Produktion in den Rücken fallen. Das Kapital hat sich eine neue Schutztruppe geschaffen.

### Streik der Düsseldorf Buchdrucker.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift: Nachdem die Düsseldorf Buchdruckerstreik, entgegen einem früher gegebenen Versprechen, Verhandlungen mit der Gehilfenschaft abgelehnt, nachdem das Ergebnis der Tarifausläufe und der Kreisamtskennung der Buchdrucker eine Zulage von insgesamt 26 bis 42 Mk. brachte, die bis zum 31. März 1921 gelten soll (bei gleichzeitiger Druckpreiserhöhung um 5 Prozent), beschloß eine überfüllte Versammlung

einflutmlia, den Unternehmern die Forderung von insgesamt 60 Mk. wachstümlich für alle Kollegen am 19. d. M. morgens zu unterbreiten und deren Erfüllung bis 11 Uhr zu verlangen. Das ist geschehen, und mit Ausnahme der beiden sozialistischen Parteiblätter haben die Unternehmer die Forderung der Gehilfen abgelehnt. 600 organisierte Buchdruckergehilfen Düsseldorf befinden sich im Streik. Von den Unternehmern wird der Kampf mit voller Schärfe des Schicksals und Trumbündnisses nach Bremer Muster geführt.

Die Düsseldorf Buchdrucker haben in geschlossener Einigkeit hinter der Forderung Buchdrucker, Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen, heißt den Düsseldorf Buchdrucker. Es darf kein zweites Bremen geben! Lebt Streikarbeit!

Anschriften sind zu richten an Paul Linder mann, Kallierer, Düsseldorf, Kronenstr. 34.

Die Arbeiterkassette der Denker Gasmotorenfabrik in Köln ist wegen Lohnrückzahlungen am Sonnabend in den Ausstand getreten.

Der Nationalrat der Gewerkschaft der französischen Eisenbahner ist am Freitag zusammengetreten, um über eine neue Gehaltskala zu verhandeln. Auch die Frage der Insolge des letzten Streiks entlassenen Eisenbahner soll eingehend beraten werden, um, wenn möglich, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, damit sie wieder eingestellt werden können.

## Gerichtssaal.

### Landgericht.

**Vier Schreibmaschinen gestohlen.** Der 30jährige Arbeiter Otto Au, war arbeitslos aus dem Rheinland nach Leipzig gekommen. Hier lernte er in der Goldenen Kugel einen Unbekannten kennen, der ihm den Vorschlag machte, bei der Firma G. u. Co. in Lindenau Schreibmaschinen zu stehlen. Dieser Plan wurde auch am 28. August 1920 ausgeführt. Der Angeklagte hat den Jaun überstiegen, ein Fenster des Kontors eingedrückt, wodurch es ihm gelang in das Kontor und von dort in einen Nebenraum zu gelangen, in dem sich vier Schreibmaschinen befanden. Die Schreibmaschinen hat der Angeklagte einzeln herausgetragen und dem Unbekannten übergeben. Die gestohlenen Schreibmaschinen haben sie zunächst versteckt und drei davon am nächsten Tag in einem Kellerecke geholt. Von den drei Maschinen haben sie eine verkauft, während der Angeklagte und die Helfer, welche sich in inner besondern Verhandlung zu rekonstruieren hoben, beim Verkauf der andern Maschinen verhaftet wurden. Der beschuldigte Firma konnten von den gestohlenen Schreibmaschinen drei wieder umgestellt werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schweren Diebstahls unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis.

### Lebensmittelkataloger für Dienstag, den 23. November.

Für Haushaltungen.  
Anmeldung, Rohmehl: Leichter Tag — abzugeben 14 U und K der Lebensmittelkartenreihe Q.  
Ausgabe, Rohmehl und Teigwaren: Leichter Tag der Wareneinnahme durch die Verbraucher.  
Ausgabe von Gullschne: 4 Grubefoks im Kohlenamt Gerberstraße 3, 1, vormittags von 3 bis 1 Uhr Buchstabe M.

Für Händler.  
Mähenmilch: Abholung bei Aug. Kraun, Bülberstraße 11, vormittags 8—12 Uhr und nachmittags 1/2—5 Uhr Nr. 601 bis 1000 des Berechtigungsausweises.  
Schweineschmalz: Bezugsartenablieferung.

**Arbeiter!** — werdt neue —  
Volkszeitungsleiter.

**KAUF HAUS**

**BRÜCKEN**

**Textilien**

**Waren**

**Zu ganz besonders niedrigen Preisen**

# Baumwollwaren

<b>Unterrock-Barchente</b> circa 80 cm breit, schöne, mollige Ware, in vielen Mustern und Farben	Meier 17.50	<b>14.50</b>
<b>Gebt. Körperbarchent</b> circa 80 cm breit gute, starke, gerauhete Qualität	Meier 22.50	<b>20.50</b>
<b>Karierte Wischtücher</b> 60x60 cm gesäumt und gebändert, blau und rot kariert gute kräftige Qualität	Stück	<b>8.75</b>
<b>Abgepaßte Handtücher</b> circa 43x100 bis 48x110 cm groß gesäumt und gebändert, grau und beige	Stück	<b>10.50</b>
<b>Qualitäts-Hemdentuche</b> ca 80 cm breit, gute süddeutsche Qualitäten in fein-, mittel- und starklädig	Meier 19.50 17.50 16.50	<b>15.00</b>
<b>Matratzen-Drell</b> starke Ware ca 120 cm breit Meier	ca 140 cm breit Meier	<b>24.50 27.50</b>
<b>Neue Dirnd'lstoffe</b> 70—80 cm breit, in schwarz blau, marine, rot grün etc., große Auswahl	Meier 22.50 19.50	<b>17.50</b>
<b>Blusen- u. Oberhemden-Perkal</b> ca 80 cm breit, besonders gute Qualitäten in entrück. Streifen u. kl. Mustern	Meier 29.50 27.50 24.50	<b>22.50</b>
<b>Velours-Barchente</b> 70—75 cm breit, schöne, warme Ware, in großer Auswahl	Meier 27.50 24.50 22.50	<b>19.50</b>
<b>Einfarbige Satins</b> circa 80 cm breit, gute Qualität in besonders großer Farbauswahl	Meier 29.50	<b>27.50</b>

# Kleiderstoffe

<b>110 cm breite Kleiderserge</b> in marineblau ein besonders preiswert Geschenkartikel	Meier	<b>59.50</b>
<b>130—140 cm breite Flausch-Mantelstoffe</b> in glatt und gemustert, hell, mittel und dunkel es handelt sich um sehr vorteilhafte warme Qualität	Meier 165.00 125.00 87.50 67.50	<b>52.50</b>
<b>Blusen- u. Kleiderstoffe</b> Doppelbreite, entrückende moderne Muster in großer Auswahl und guter Qualität	Meier 69.50 47.50 39.50 34.50	<b>29.50</b>
<b>Neue Blusenstoffe</b> 70—75 cm breit, in besonders großer Auswahl zu billigen Preisen	Meier 37.50 29.50 27.50	<b>23.50</b>
<b>Halbseidene Crepeline</b> 100 cm breit, eleganter Ball- und Gesellschaftsartikel in 15 modernen Farben	Meier	<b>67.50</b>

Bestichtigen Sie unsere große, auf 2 Stockwerke ausgedehnte

## Spielwaren-Ausstellung

Größte Auswahl Billige Preise!

